

Neue Kraft für Duisburg

Der Duisburg-Plan 2009 - 2014



Vorwort

Duisburg im Jahr 2015 Eine leistungsfähige sympathische Stadt zum Leben und Arbeiten



Mit dem Duisburg-Plan, unserem kommunalen Wahlprogramm, beschreiben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die wichtigsten Ziele und Einzelprojekte für die nächste Wahlperiode des Rates der Stadt Duisburg. Das ist notwendig, um Auskunft darüber zu geben, wie wir uns die Entwicklung in einzelnen Lebensbereichen für die nächsten Jahre vorstellen. Ebenso notwendig ist es aber auch, ein Gesamtbild als Leitmotiv zu entwerfen, an dem sich die Entwicklung einzelner Teilbereiche orientiert. Mit diesem Leitbild skizzieren wir die übergeordneten Entwicklungsziele für unsere Stadt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Duisburg in den nächsten 5 Jahren zu einer Stadt entwickelt,

- in der ihre Bürgerinnen und Bürger Arbeit finden, von der sie leben können;
- die ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Bildungssystem anbietet, mit dem ohne Ansehen der Person alle Begabungen und Potenziale gefördert werden;
- in der die kommunale Daseinsvorsorge den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht;
- in der praktische Solidarität, lebendige Nachbarschaft und ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement gelebt und gefördert werden.

Erwerbsarbeit muss für alle, die wollen und können, einerseits zugänglich sein und andererseits so entlohnt werden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das ist und bleibt eine Grundvoraussetzung für eine positive Stadtentwicklung und das Ziel sozialdemokratischer Politik. Dazu gehört für uns der Kampf für den Erhalt und die Weiterentwicklung der in unseren Stadtmauern beheimateten Industriearbeitsplätze ebenso wie die gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben sowie die Nutzung der in der Universität vorhandenen Kompetenzen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Duisburg. Eine aktive Wirtschaftsförderung, in Verbindung mit einem effektiven Flächenmanagement, ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor bei der Neuansiedlung von Produktions- und Dienstleistungsbetrieben.

Und für all jene, die aufgrund der Struktur des örtlichen Arbeitsmarktes vorübergehend keine auskömmliche Beschäftigung finden können, bietet ein öffentlich finanzierter Arbeitsmarkt die Chance auf Beschäftigung, Qualifizierung sowie Erhalt und Verbesserung ihrer beruflichen Kompetenzen.

Bildung ist die Schlüsselqualifikation zur Erschließung beruflicher und sozialer Kompetenzen. Deshalb ist es eine Frage der Gerechtigkeit, das kommunale Bildungsangebot so zu organisieren, dass alle vorhandenen Potenziale gleichermaßen gefördert werden sowie Kindererziehung, Familie und Berufstätigkeit für alle, die das wünschen, miteinander vereinbar sind.

Dazu gehört für uns eine konsequente, frühzeitige Sprachförderung in Verbindung mit einer an den tragenden Grundwerten unserer Gesellschaft orientierten Erziehung ebenso wie der Verzicht auf frühzeitige Selektion im staatlichen Bildungs- und Erziehungssystem. Beginnend mit der Betreuung von unter Dreijährigen, über möglichst kostenfreie Kindertageseinrichtungen bis hin zu Ganztagschulen mit einer warmen Mahlzeit täglich schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Kinder ihre Möglichkeiten entdecken und entfalten können und Eltern die Kombination von Familie und Beruf nicht vor unüberwindbare finanzielle oder organisatorische Schwierigkeiten stellt.

Kommunale Daseinsvorsorge ist so zu verstehen und zu organisieren, dass sie für alle Stadtteile und Wohnquartiere die gleichen Grundvoraussetzungen schafft. Gleichzeitig sollen all die liebenswerten Besonderheiten und Qualitäten der einzelnen Stadtteile erhalten und gestärkt werden. Eine einseitige Fokussierung auf die Innenstadt hat in unserem Konzept keinen Platz.

Zur Schaffung gleicher Grundvoraussetzung in allen Teilen der Stadt gehört ganz wesentlich eine gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, eine gesicherte Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs und eine dezentrale Versorgung mit den wichtigsten Gesundheitsdienstleistungen. Dabei ist die Gewährleistung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wichtig wie ein aktives Einschreiten der Stadtverwaltung gegen problematische Entwicklungen in einzelnen Wohnbereichen. Um diesen Aufgaben gerecht werden zu können, muss gewährleistet sein, dass die Kommune alle notwendigen Instrumente zur Steuerung der Entwicklung in ihren Händen behält. Im Zweifel gilt: Staat vor privat. Die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen zeigen einmal mehr, dass nur die durch Wahlen demokratisch legitimierten Institutionen willens und in der Lage sind, am Gemeinwohl orientierte Standards für wirtschaftliches Handeln durchzusetzen. Das gilt insbesondere für die Basisversorgung der Bevölkerung mit z. B. Wasser, Strom, Nahverkehr und kostengünstigen Wohnungen.

Lebendige Nachbarschaft, gelebte Solidarität und ehrenamtliches Engagement bilden das Rückgrat einer funktionierenden Stadtgesellschaft. Ohne Menschen, die sich gegenseitig helfen und unterstützen sowie sich vielfältig ehrenamtlich engagieren, sind die umfangreichen sozialen, sportlichen und kulturellen Angebote, die eine moderne Großstadt erst lebens- und liebenswert machen, überhaupt nicht zu realisieren. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe von Politik und Verwaltung, diesen vielfältigen bürgerschaftlichen Aktivitäten eine Plattform zu bieten, die sie unterstützt und berät, Erfahrungsaustausch ermöglicht und organisiert sowie städtische und bürgerschaftliche Aktivitäten sinnvoll und effektiv aufeinander abstimmt.

Ein ganz wesentlicher Aspekt dabei ist, dass die Stadt und ihre Institutionen die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, ansprechbar sind, auf sie hören und den Dialog mit ihnen suchen. Dazu gehört für uns ein offenes Rathaus, das die technischen Möglichkeiten offensiv nutzt, um den Gedanken- und Informationsaustausch mit der Bürgerschaft zu intensivieren.

Ihr



Inhaltsverzeichnis

Arbeit für Duisburg	4
Sicher und aktiv im Alter	7
Duisburg - gesund, behindertengerecht und hilfsbereit	9
Kinder sind unsere Zukunft	11
Beste Bildung für alle	14
In Zukunft DU	16
Sauberkeit und Sicherheit in Duisburg	18
Gleichstellungspolitik	20
Sportliches Duisburg	21
Kultur = Toleranz – Solidarität – Interkulturelle Urbanität	23
Duisburg ist eine grüne Industriestadt	25
Migration und Integration	27
Internationale Beziehungen: Städtepartnerschaften, Wirtschaft, Universität	29
Europa in Duisburg	31
Mehr Demokratie in der Kommunalpolitik	32
Stadtfinanzen	33
Nachwort Josef Krings	34
Anhang	35
Beteiligungen gestalten: Ein Plädoyer von Beschäftigten kommunaler Betriebe und der SPD-Ratsfraktion zum Stellenwert von Unternehmen der öffentlichen Hand in schwierigen Haushaltszeiten	

Arbeit für Duisburg

Duisburg ist Stahlstandort Nummer eins in Europa, rund 40.000 Menschen in Duisburg leben direkt oder indirekt von der Stahlindustrie. Duisburg ist einer der wichtigsten Logistik-Standorte Deutschlands und hat den größten Binnenhafen Europas. Duisburg hat sich in den Bereichen Freizeit und Kultur, bei Hochschule und Kommunikation fest etabliert. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen spielen eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Region. Unsere Stadt hat Potenzial.

Wirtschaftliches Handeln auf kommunaler Ebene kann die Rahmenbedingungen der EU, der Bundes- und Landespolitik nicht grundlegend ändern. Die Kommunalpolitik hat aber eine Schlüsselfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung am Standort Duisburg: Wir können Anreize setzen, Dynamik anstoßen und Potenziale wecken.

Kompetenzen entwickeln

Die Struktur-Region Niederrhein hat sich für sechs strukturpolitische Schwerpunkte entschieden. Für Duisburg besonders relevante Kompetenzfelder sind Logistik, Material-, Werkstoff-, Nanotechnologien sowie Umwelt und Energie. Wir Sozialdemokraten stehen zu diesen Kompetenzfeldern und möchten eine weitere Ausdehnung und Entwicklung dieser strukturpolitischen Schwerpunkte in Duisburg.

Moderne und ökologische Industriepolitik

Duisburg stand immer im Mittelpunkt der industriellen Entwicklung in Deutschland und muss auch weiterhin Vorreiter von innovativer Industriepolitik sein. Die SPD Duisburg befürwortet ein ortsnahes, preiswertes Energieangebot durch die kommunalen Stadtwerke und will Neuinvestitionen positiv begleiten. Nur ein Beispiel: Wir unterstützen den Bau eines neuen Hochofens in Duisburg, weil dadurch Arbeitsplätze in unserer Stadt entstehen und sich die Industrie gleichzeitig zu den ökologischen Standards in Deutschland bekennt. Duisburg braucht eine moderne und ökologische Industriepolitik.

Standbein Logistik stärken

Die Logistikbranche ist zu einem wichtigen Wirtschaftsstandbein geworden, das wir aktiv stärken müssen. Mit Logport und Logport II haben wir einen Logistikstandort geschaffen, der in Europa einzigartig ist. In den nächsten Jahren möchten wir aus Duisburg einen weltweit einzigartigen Logistikstandort machen.

Wir müssen Anreize schaffen, damit sich mehr investitionskräftige Unternehmen in Duisburg ansiedeln. Wir brauchen direkte städtische Ansprechpartner für Unternehmen, die Arbeit in Duisburg schaffen wollen und deren Vorhaben ins Stadtentwicklungskonzept passt.

Wir müssen in enger Abstimmung mit dem Bund im Rahmen des „Masterplans für Güterverkehr und Logistik“ Investitionen nach Duisburg holen, um unsere Häfen und Duisport weiter auszubauen.

Die SPD will die Potenziale der Schiene stärker nutzen, um Duisburg noch besser zu vernetzen und die Logistkdrehscheibe Duisburg noch kräftiger in Schwung zu bringen: Deshalb wollen wir eine schnelle Reaktivierung des „Eisernen Rheins“ als Verbindung von Duisburg nach Antwerpen und die Anbindung an die „Betuwe-Linie“ von den Niederlanden ins Ruhrgebiet.

Die wirtschaftlichen Interessen müssen im Einzelfall immer gegen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch Verkehrsaufkommen abgewogen werden. Deshalb engagieren wir uns auch im Logistikbereich für eine moderne und ökologische Industriepolitik. Gütertransport verursacht Lärm, Stau sowie Feinstaub und belastet die Menschen. Deshalb brauchen wir innovative Beförderungsmittel. Eine gute Idee: Mit „Cargogap“ können Europaletten unterirdisch durch 2 Meter große Röhren transportiert werden. Kein Lärm, kein Stau, kein Staub. Wir fordern die Anmeldung eines Modellprojektes für Duisburg und die Förderung eines ersten Streckenabschnitts durch Land und EU.

Konkrete Perspektiven für den Duisburger Norden

Der Steinkohlebergbau in Duisburg-Walsum ist seit dem 31.07.2008 Geschichte. Deshalb müssen wir den Menschen in Walsum und im Duisburger Norden Perspektiven für die Zukunft bieten und kurzfristige Alternativen aufzeigen. Mit aktivem wirtschaftlichem Handeln, einer integrierten Stadtentwicklungspolitik und einer Zukunftsinitiative Duisburg-Nord wollen wir als SPD die Basis schaffen für neue Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Vor allem der Verlust der RAG-Ausbildungsplätze ist ein harter Schlag, der von allen Beteiligten mehr Anstrengungen zum Erhalt bestehender und für zusätzliche Ausbildungsplätze fordert. Wir brauchen eine „Investitionsagentur Duisburg“, die zusammen mit der heimischen Wirtschaft, deren Verbänden und Arbeitnehmerorganisationen ein Aktionsprogramm „Innovatives Duisburg“ erstellt. Sie kann alle erforderlichen Anforderungsprofile an Infrastruktur und kommunales Handeln entwickeln. Alle Handelnden müssen sich an einen Tisch setzen und ihre Fachkompetenz zum Wohl der Stadt einsetzen.

Die Stadt und ihre kommunalen Unternehmen müssen ihre Investitionstätigkeit steigern, um auch die Duisburger Bauwirtschaft und das örtliche Handwerk zu stärken. So werden Investitionen ausgelöst und Beschäftigung geschaffen.

Gründer mutig unterstützen

Kommunalpolitik muss bürgernah sein, Transparenz, Planungs- und Investitionssicherheit für die Wirtschaftsakteure schaffen und kluge Anreize für Ansiedlungen setzen. Unternehmensgründer müssen unbürokratische Strukturen vorfinden, die die Unternehmensgründungen tatsächlich fördern und erleichtern.

Dazu gehört für uns als SPD auch ein kommunaler Gründungsfond, bei dem die Sparkasse offen mit den kreativen Ideen für neue Arbeitsplätze in Duisburg umgeht und Unternehmensgründungen unterstützt.

Qualifiziert qualifizieren

Das A und O für Beschäftigung ist Qualifikation, aber die steht nicht allen Menschen in gleichem Maße offen. Junge Menschen brauchen eine Perspektive in der Arbeitswelt und deshalb müssen wir die Lehrstellenlücke schließen. Wir brauchen gezielte Ausbildungs- und Berufsförderung sowie die Erweiterung der Sprachkompetenz. Bündnisse von lokalen Unternehmen und sozialen Trägern können einen Teil der Erstausbildung übernehmen, ein Teil muss öffentlich finanziert werden.

Die ARGE muss mehr Mittel für außer- und überbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und wir müssen die Kapazitäten zur Ausbildung von jungen Menschen bei der Stadt und deren Gesellschaften ausschöpfen. Wir müssen die jungen Menschen ganz besonders betreuen, die seit längerem eine Lehrstelle suchen. Hier hat die ARGE eine besondere Verantwortung.

Geförderter Arbeitsmarkt als Chance

Arbeitslosigkeit bleibt eines der härtesten Probleme in Duisburg. 31.593 (Stand: März 2009) Bürger und Bürgerinnen sind offiziell arbeitslos gemeldet. Experten schätzen, dass insgesamt ca. 50.000 Menschen eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt suchen. Wir werden den ersten Arbeitsmarkt mit allen Mitteln stützen und ausbauen, aber das Ziel der Vollbeschäftigung wird in Duisburg nur sehr schwer zu erreichen sein. Das müssen wir den Menschen ehrlich sagen, aber gleichzeitig den arbeitslosen Duisburgerinnen und Duisburgern auch eine realistische Perspektive bieten: Ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt ist eine Chance.

Gemeinwohlarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Anpassungsqualifizierungen, Umschulungen und spezielle Programme für Berufsrückkehrer können Sprungbretter in den ersten Arbeitsmarkt sein. Die Fördermittel der ARGE müssen bis zum letzten Cent für effektive, kreative und nachhaltige Fördermaßnahmen ausgeschöpft werden. Kommune und ARGE müssen enger zusammenarbeiten. Es gibt genug zu tun in Duisburg.

Angebote für Kinder, Jugendliche und Senioren, Sport- und Kulturvereine sowie die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtteilen bilden ein breites Betätigungsfeld für einen öffentlich finanzierten Arbeitsmarkt. Wir wollen bestehende räumliche Kapazitäten dazu nutzen. Davon profitieren alle: Duisburg bleibt lebens- und liebenswert und mehr Bürgerinnen und Bürger können sich als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft mit beruflichen Perspektiven fühlen.

Gute Arbeit für Duisburg

Ein gesichertes Einkommen ist die wichtigste Grundlage, um der Armutsspirale zu entgehen. Allerdings ist ein gesichertes Einkommen heute nicht mehr gleichbedeutend mit der Sicherung der Existenz. Immer weniger Menschen können von ihrem Geld leben, obwohl sie den ganzen Tag hart dafür arbeiten.

Das wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden ändern. Alle Menschen müssen von ihrem Lohn auch leben können. Deshalb streiten wir für gute Arbeit und faire Bezahlung. Die SPD kämpft für den Mindestlohn in Europa, in Deutschland und in Duisburg.

Sicher und aktiv im Alter

In der Gesellschaft der Zukunft werden alle Menschen länger leben. Dies gilt auch für Duisburg: Bereits jetzt sind mehr als 105.000 Duisburgerinnen und Duisburger 65 Jahre und älter. Ihr Anteil an der Bevölkerung wird noch steigen und sie werden länger fit bleiben. Am Ende des Arbeitslebens fängt für die „jungen Alten“ eine dritte ausgedehnte Lebensphase an und das ist gut so.

Wir müssen in unserer Stadt die Rahmenbedingungen schaffen, dass die „jungen Alten“ aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb fordern wir mehr Alltagsassistenz für ältere Menschen. Viele brauchen nur Hilfe bei bestimmten alltäglichen Pflichten und können ansonsten ihr Leben selbst bestimmt in der eigenen Wohnung meistern.

Wohnen, wo wir leben wollen

Das Angebot für altengerechtes Wohnen muss ausgebaut werden, um älteren Menschen möglichst lange das Verbleiben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Aus diesem Grund brauchen wir mehr Wohnungen, in denen man die Inanspruchnahme von Diensten frei wählen kann, mehr Senioren-Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser. Ein barrierefreies Wohnumfeld ist für uns als SPD eine Selbstverständlichkeit.

Die Menschen in Duisburg verdienen Lebensqualität bis ins hohe Alter. Duisburg bietet seinen „jungen Alten“ bereits seit vielen Jahren ein umfangreiches Service-Angebot mit Begegnungs- und Beratungszentren sowie Seniorentreffs. Die SPD wird die städtische Finanzierung dieser Einrichtung auch in Zukunft sicherstellen und eine Versorgung aller Stadtteile garantieren. Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege. Für die längeren Wege muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ausgebaut werden.

In den kulturellen, sportlichen und bildungsorientierten Einrichtungen wollen wir die Angebote für die älteren Menschen ausbauen und sie zu mehr aktiver Mitarbeit mobilisieren. Die SPD will eine bessere Vermittlung von ehrenamtlichem Engagement. Duisburg braucht die Erfahrungen und die Fähigkeiten der „jungen Alten“ und ein zielgerichtetes Freizeitangebot braucht erfahrene und kenntnisreiche Kurs- oder Übungsleiter.

Aktive Lebenshilfe

Mit zunehmendem Alter steigt aber auch die Notwendigkeit von Betreuung und Pflege. Die SPD will mehr Hilfestellungen für Bürgerinnen und Bürger, die vorübergehend oder dauerhaft ihren Haushalt nicht mehr selbstständig führen können.

Wo Pflege nötig ist, gilt das Prinzip: Ambulant vor stationär. Wir wollen die Beratungsdienste für Betroffene und ihre Angehörigen in dieser schwierigen Lebenslage verbessern. Die verschiedenen Pflegeangebote und Leistungen müssen besser vernetzt werden, wir brauchen mehr Koordinierung und Transparenz bei den Anbietern. Pflegebedürftige müssen weiterhin die freie Wahl haben, an welchem Ort sie stationär betreut werden. Jeder Mensch muss in seinem gewohnten sozialen Umfeld bleiben können.

Wir müssen die Zahl der Kurzzeit- und Tagespflegeplätze ausbauen. Gleichzeitig brauchen wir aber auch mehr qualifizierte Helfer, die ältere Menschen in der eigenen Wohnung bei der Pflege - aber auch bei den alltäglichen Aufgaben - unterstützen. Duisburg braucht mehr 24-Stunden-Betreuungsangebote und ein besseres medizinisches Informationsangebot. Wir als SPD stehen für eine solidarische Familiengemeinschaft. Wir kämpfen für die gesellschaftliche Anerkennung der Pflegetätigkeit durch Angehörige und wollen deren Arbeit unterstützen.

Angsträume beseitigen

Duisburg ist eine der sichersten Großstädte in Deutschland. Trotzdem gibt es viele Alltagssituationen, in denen Menschen Angst haben. Diese Ängste dürfen nicht dazu führen, dass sich ältere Menschen isolieren und ihre Außenkontakte stark einschränken. Wir wollen „Angsträume“ beseitigen.

Mit zwei beispielhaften Aktionen werden wir starten: Wir werden mehr „Sicherheits-Begleiter“ in Bus und Bahn, Parks und Friedhöfe schicken und mit dem Modellprojekt „Angstfreier Friedhofsbesuch“ durch die Ausgabe mobiler Notrufsysteme für Ruhe und Sicherheit sorgen.

Duisburg – gesund, behindertengerecht und hilfsbereit

Gesundheit ist für uns mehr als nur die Abwesenheit von Krankheit. Wir wollen gesunde Lebensverhältnisse für alle Menschen und fördern gesundheitsbewusstes Verhalten. Wir brauchen mehr Prävention bei chronischen Krankheiten und aktive Aufklärung über die Gefahren von Alkohol, Nikotin und Essstörungen. Patienteninformation, Patientenberatung und Patientenschutz werden bei zunehmender Unübersichtlichkeit der Angebote im Gesundheitswesen immer wichtiger. Deshalb sollen Patientinnen und Patienten zukünftig stärker unterstützt werden.

Gesund von klein auf

Jedes Kind hat das Recht, gesund aufzuwachsen. Deshalb fördern wir Gesundheits-erziehung und fordern verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen - auch in Kindertagesstätten und Schulen. Zur Koordination der Gesundheitsförderung im Kinder- und Jugendbereich werden wir eine entsprechende Stelle beim Gesundheitsamt schaffen.

Die Stadt muss ihre Präventionsarbeit bei Kindern und Jugendlichen verstärken. Der Anstieg des Alkoholkonsums unter Minderjährigen ist besorgniserregend. Wir müssen unsere Kinder bereits ab dem Grundschulalter intensiv und immer wieder aufklären über die Gefahren von Drogen, Alkohol, Nikotin und Essstörungen.

Hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung

In allen Stadtteilen muss eine gute medizinische Versorgung gewährleistet bleiben. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss sich im Krankheitsfall darauf verlassen können, dass für eine ambulante Behandlung in Wohnortnähe ausreichend Ärztinnen und Ärzte zur Verfügung stehen. Wir wollen auch eine hochwertige Krankenhausversorgung sicherstellen. Die SPD wird die Verantwortung nicht nur den Privaten überlassen und keine weiteren Anteile des Duisburger Klinikums verkaufen.

Die Defizite in der Kinder- und Jugendpsychiatrie müssen angepackt werden. Es besteht ein erheblicher Bedarf an psychiatrischer und psychosozialer Versorgung. Wir brauchen dringend eine Tagesklinik für Kinder und Jugendpsychiatrie im Norden unserer Stadt sowie einen Ausbau der ambulanten Pflege.

Integration behinderter Menschen

Der Eingliederung von Menschen mit Behinderung kommt in unserer Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Jeder muss seinen Beitrag dazu leisten, dass Vorurteile abgebaut – und Benachteiligungen für Menschen mit Behinderung ausgeglichen werden. Der barrierefreie Zugang zu Gebäuden ist dafür nur ein Beispiel.

Menschen ohne Behinderung sind viele Probleme nicht bewusst und dies erschwert das Zusammenleben. Die SPD Duisburg will behinderte Kinder soweit möglich in Kindertageseinrichtungen und Schulen integrieren und die notwendigen Grundlagen für diese Integration schaffen: Wir brauchen behindertengerechte Zugänge und entsprechende Hilfen, eine fortlaufende Weiterbildung der pädagogischen Kräfte und eine bessere personelle, finanzielle sowie materielle Ausstattung der Kindergärten und Schulen.

Behindertengerechtes Wohnen beinhaltet nicht nur die barrierefreien Zugänge, sondern auch Unterstützung für das tägliche Leben. Mit bürgerschaftlichem Engagement und fachlicher Hilfe müssen die Angebote für Unterstützungsleistungen gezielt ausgebaut

werden. Wir müssen gleichzeitig die Arbeit der Selbsthilfegruppen stärken und wollen daher eine Koordinierungsstelle auf Stadtebene einrichten. Integration heißt auch Unterstützung für ein unabhängiges Leben geben. Diese Unterstützung fehlt aber vielen Menschen in Duisburg. Die SPD möchte für diese Menschen in Duisburg neue Wohnformen entwickeln und Freiräume für eine selbstbestimmte Lebensform öffnen.

Ein wesentlicher Bestandteil eines selbstbestimmten Lebens ist Mobilität. Deshalb müssen wir Benachteiligungen im öffentlichen Personennahverkehr ausgleichen. Für Menschen mit starken Bewegungseinschränkungen muss das Fahrdienst-Angebot ausgebaut und bezahlbar gehalten werden.

Eine weitere wichtige Integrationsaufgabe ist die Eingliederung in Ausbildung und Beruf. Eine nützliche und verantwortliche Aufgabe gibt vielen Menschen ein Gefühl der Bestätigung. Für Menschen mit Behinderung ist dies besonders wichtig. Darum sind für die SPD weitere Verbesserungen in der Berufsbildung und Qualifizierungen für Menschen mit Behinderung unbedingt erforderlich, um ihnen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

In einer Stadt wie Duisburg muss zudem auf die spezifischen Bedürfnisse behinderter Migrantinnen und Migranten Rücksicht genommen und die Unterstützungsleistungen mit ihrem kulturellen Hintergrund in Einklang gebracht werden.

Hilfen bei Sucht

Die Veränderungen im Suchtbereich sind rasant. Die Konsumenten legaler und illegaler Drogen werden auch in Duisburg immer jünger, gleichzeitig geraten aber auch immer mehr ältere Menschen nach dem Arbeitsleben in den Strudel der Sucht.

Die Suchtpräventionsangebote für diese älteren Menschen müssen in Duisburg erst aufgebaut werden. Für junge Konsumenten brauchen wir neben der Aufklärung ein spezifisches Hilfsangebot. Es muss Aufgabe der Stadt Duisburg sein, eigene Schutz- und Therapieräume mit speziell geschulten Beraterinnen und Beratern anzubieten. Die Hilfen für opiatabhängige Menschen müssen weiter ausgebaut werden, denn diese Menschen sind auf angemessene Hilfsangebote und Ansprechpartner besonders angewiesen. Die SPD fordert mehr Entgiftungsplätze und mehr Wohngruppen für Substituierte, um einen medizinisch kontrollierten Entzug zu ermöglichen. Wir als SPD wollen den Runden Tisch aufwerten und halten eine einheitliche Gesamtkoordination eines breit angelegten Hilfsangebotes für zwingend erforderlich.

Die Kommunalisierung der Landesmittel für die ambulante Suchtkrankenhilfe durch die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung birgt die Gefahr einer Kürzung der Mittel. Die SPD Duisburg wird sich Kürzungen in diesem Bereich mit aller Kraft widersetzen.

Kinder sind unsere Zukunft

Aktive Familienpolitik ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Duisburg ist eine der jüngsten Städte in NRW, fast jeder fünfte Mensch in Duisburg ist unter 18 Jahren. Viele Kinder in unserer Stadt haben gute Bildungschancen, können gesund leben und wachsen in kinder- und familienfreundlicher Umgebung auf. Das ist das Ergebnis sozialdemokratischer Familienpolitik und die SPD bleibt der Garant für eine familienfreundliche Zukunft. Unser Ziel ist eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Der Ausbau von Bildung und Betreuung ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die familienpolitische Aufgabe Nummer eins. Ein modernes Kinderbetreuungsangebot sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern und ist der Schlüssel zu besseren Bildungschancen, zur besseren Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und zu einem Duisburg ohne Kinderarmut. Dafür kämpft die SPD.

Hilfe und Förderung muss bei den Kindern ankommen. Deshalb wollen wir die Unterstützung auf die Kinder und die Menschen in ihrem Umfeld konzentrieren, die sich im Alltag um unsere Kinder kümmern, sie betreuen und erziehen. Nur so können wir die besten Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen in glücklichen Gemeinschaften schaffen.

Chancengleichheit durch Ausbau der Kinderbetreuung

Sozialdemokraten haben die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder. Die SPD hat bereits durchgesetzt, dass Eltern ab 2013 für alle Kinder zum 1. Geburtstag einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bekommen. Das kostet Geld, ist aber die vielleicht sinnvollste Investition in die Zukunft.

In Duisburg wollen wir in einem ersten Schritt 2000 Plätze für die Betreuung unter Dreijähriger schaffen. Vor allem aber gilt für uns: Eltern müssen für die Betreuung ihrer Kinder finanziell entlastet und die Beitragsstaffelung gerecht gestaltet werden. In Kooperation mit Land und Bund wollen wir kurzfristig das kostenlose dritte Kindergartenjahr und langfristig den kostenlosen Kita-Besuch für alle Kinder.

Die Kindertagesstätten dienen nicht nur der Betreuung, sondern auch der Bildung und Erziehung. Wir wollen sie zu Familien-Zentren ausbauen, in denen Familien Beratung, Weiterbildung und verlässliche Hilfe im Alltag finden. Gute Bildung und gute Betreuung für unsere Kinder müssen uns auch etwas Wert sein. Auch wenn es künftig weniger Kinder gibt, wird das Geld dringend für die Steigerung der Qualität der Betreuung benötigt.

Kinderarmut bekämpfen

Zu viele Familien in Duisburg leiden unter Arbeitslosigkeit, materieller Unsicherheit und belasteten Wohnumfeldern. Das hat Folgen: Jedes 3. Kind in Duisburg ist arm. Immer mehr Erziehungsberechtigte sind mit ihren Kindern überfordert und benötigen Hilfe von außen. Duisburg zahlt allein 53 Millionen Euro, um 3.600 Kinder ambulant oder in Heimen zu betreuen. Duisburg gibt viel Geld für soziale Notlagen aus, aber viel zu wenig Geld für Vorsorge. Die Prävention muss gestärkt werden.

Ein modernes Kinderbetreuungsangebot ist für Familien in schwierigen Lebenssituationen eine wichtige Unterstützung, aber die SPD will noch mehr für diese Familien tun.

Die ARGE muss diesen Familien angemessene Ausbildungs- und Arbeitsangebote machen und wir brauchen mehr Angebote für Familien im Alltagsleben und in Krisensituationen. Dazu gehört auch, dass sich professionelle Hilfsorganisationen um Kinder aus suchtbelasteten Familien kümmern. Die SPD kämpft für mehr offene Kinder- und Jugendarbeit sowie eine Vernetzung aller Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Wir werden die sozialen Dienste für Eltern und Kinder erweitern. Kein Kind darf hungrig zur Schule oder in den Kindergarten gehen. Kein Kind darf ohne Schulbücher und Lernmaterial bleiben.

Mehr Platz für Kinder

Um Kindern und Jugendlichen mehr Raum zu bieten, gehören langfristig angelegte Projekte und schnell umsetzbare Maßnahmen zu unserem Programm. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das Projekt „Mehr Platz für Kinder“ wieder aufleben lassen. Deshalb wollen wir das Spielen von Kindern genau da erlauben, wo es für Kinder nicht gefährlich ist, beispielsweise auf großen Wiesen. Spiel- und Freizeitmöglichkeiten sollen von Kindern in geeigneter Weise mitgestaltet werden. Die Kinder wissen selbst am Besten, was für sie gut ist.

Wir benötigen mehr Sport- und Freizeitflächen für Jugendliche in unserer Stadt. Deshalb werden wir die Bolzplätze umgehend in Stand setzen und die Einrichtung mindestens einer Jugend- und Freizeitfläche pro Bezirk verwirklichen. Eine derartige Fläche sollte Raum für Fußball, Streetball/Basketball sowie Platz für Skater-Anlagen bieten.

Zudem müssen die städtischen Jugendzentren ein grundlegend neues und modernes Konzept erhalten, das ein zeitgemäßes Angebot ermöglicht. Hierzu gehören zum Beispiel längere Öffnungszeiten, die sich am Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen orientieren. Unterstützen wollen wir auch die wichtige Arbeit der Jugendverbände, die vor Ort wertvolle Hilfe leisten.

Jugend braucht Zukunft

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen aber auch für die Kinder und Jugendlichen in Duisburg da sein, wenn es mal nicht so gut läuft. Dazu gehört der verstärkte Einsatz von Streetworkern. Das ist für uns direkte Sozialarbeit, die bei vielen Jugendlichen Elend und Not abwendet. Wir fordern deshalb konkret fünf zusätzliche Stellen in diesem Bereich.

Wir brauchen eine Stärkung und einen Ausbau der Anlaufstellen für obdachlose Jugendliche. Ein gutes Beispiel ist für uns das Streetworkcafe „pro Kids“ auf der Börsenstraße, wo den Kindern und Jugendlichen unserer Stadt wieder neue Perspektiven aufgezeigt werden. Das ist dann schon meist der halbe Weg runter von der schiefen Bahn.

Kinder an die Macht

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen ein ernstzunehmendes Jugendparlament in ganz Duisburg durchsetzen. Im Gegensatz zum Modell aus der Kooperation von CDU und Grünen möchten wir die politische Beteiligung der Jugendlichen wirklich ausweiten: Duisburg braucht das politische Engagement seiner Jugendlichen, niemand braucht reine Alibiveranstaltungen. Momentan hat ein Vertreter des Jugendparlaments das Recht, dem Jugendhilfeausschuss mit beratender Stimme beizuwohnen. Diese Regelung geht uns nicht weit genug. Deshalb fordern wir in einem

ersten Schritt die beratende Funktion des Parlamentes auf den Schulausschuss auszuweiten.

Wir wollen aber auch nicht, dass die Jugendlichen aus finanziellen Gründen auf ihr Engagement verzichten. Deshalb fordert die SPD eine Mittelzuteilung, die den Aufgaben und der Funktion entspricht. Im Klartext: Mehr Geld für Kinder an der Macht. Es ist völlig unverständlich, wieso CDU und Grünen den Jugendlichen weniger Sitzungsgeld für ihre Arbeit zubilligen als zum Beispiel Ratsmitgliedern.

DU-Pass einführen

Armut grenzt aus und behindert die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Wir fordern den DU-Pass für Menschen mit geringem Einkommen. Inhaber des DU-Passes sollen Ermäßigungen auf städtische Eintrittsgelder und Gebühren, im öffentlichen Nahverkehr und in Vereinen bekommen.

Beste Bildung für alle

Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle und über diese Lebenschancen entscheiden vor allem Bildung und Familie. Deshalb wollen wir bessere Bildung für alle durchsetzen und Familien stärken. Niemand kann die Eltern aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Wir wollen den Eltern durch Bildungs- und Betreuungsangebote helfen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Gerade in einer Stadt mit großen sozialen Unterschieden und einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund muss sichergestellt werden, dass alle Kinder gleichberechtigt Zugang zu umfassender Bildung bekommen. Das beginnt für uns mit dem kostenlosen Besuch des Kindergartens.

Länger gemeinsam lernen

Über Bildungswege und -chancen wird zu früh entschieden. Wir werben für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen. Die Grundschule für alle Kinder ist ein Erfolgsmodell und deshalb wollen wir als SPD für alle Kinder eine gemeinsame Schule bis zur zehnten Klasse: die Gemeinschaftsschule.

Das unsoziale und ungerechte Aufteilen in Schubladen muss aufhören. Gemeinsames Lernen hilft den Leistungsträgern genauso wie den schwächeren Schülern und alle Kinder zusammen können sich optimal entwickeln. Es darf keine Sackgassen mehr im Schulsystem geben – für kein einziges Kind. Wir brauchen kleinere Klassen und mehr Zeit für die Lehrer auf jedes Kind einzugehen. Jedes Kind ist besonders, jedes Kind verdient individuelle Förderung. Das bedeutet auch die bessere Integration von behinderten Kindern.

Wir wollen den Ganzttag an Schulen bedarfsdeckend und qualitativ hochwertig ausbauen. Die Schule wird neben der Familie zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen, ein Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders. Eltern werden entlastet, Kinder können ihre Stärken entdecken und entwickeln. Die Ganzttagsschule ist in ein soziales Umfeld eingebettet und sie ist Stadtteilschule. Hier arbeiten Betriebe, Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen oder Träger der freien Jugendhilfe und Kirchen mit.

Bildung darf nicht am Geldmangel scheitern

Die schwierige soziale Lage für viele Duisburger Familien ist in den vergangenen Jahren deutlicher sichtbar geworden. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht aber fest: Kein Kind darf hungrig zur Schule kommen, kein Kind darf ohne Schulbücher oder Schulmaterialien im Unterricht sitzen, keine Kind darf ohne warmes Mittagessen bleiben. Wir fordern unbürokratische Hilfe für alle Kinder, die von Sozialgeld leben müssen. Die Stadt Duisburg muss - auch mit eigenen Mitteln - für Lösungswege sorgen und diesen Kindern eine Schulerstausstattung zur Verfügung stellen.

Es ist in den letzten Jahren auch deutlich geworden, dass Gesundheit und Gesundheitsfürsorge für Kinder nicht selbstverständlich sind. Die Verwahrlosung nimmt zu. Die Stadt muss umfassender handeln. Deshalb fordern wir als SPD eine Koordinierungsstelle Jugendgesundheit, um alle Aktivitäten sinnvoll zu bündeln und zu vernetzen. Die Schulsozialarbeit muss gestärkt werden, Jugendamt und Schule enger zusammenarbeiten.

Grundlage aller Bildung ist Sprache. Nur wer deutsch spricht und versteht, hat eine wirkliche Chance in der Arbeitswelt. Sprachförderung bleibt bei den hohen Anteilen von Kindern mit Migrationshintergrund in Duisburg deshalb eine zentrale Aufgabe vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung.

Selbstständige Schulen

Wir als SPD wollen, dass Schulen selbstständiger arbeiten. Die Schulen erhalten verbindliche Standards und eine regelmäßige Überprüfung ihrer Leistungsfähigkeit. Innerhalb dieses Rahmens sollen die Schulen aber mehr Kreativität und Kompetenz entfalten können. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der Lehrende, Lernende und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

Die Schulen werden eingebettet in ein System von Beratung und Service. Kernstück soll ein regionales Bildungsbüro auf Ebene der Stadt Duisburg sein. Das Bildungsbüro koordiniert alle Aktivitäten im Bildungswesen und verbindet die Schulen mit den Einrichtungen von Jugendhilfe, Weiterbildung, beruflicher Bildung und weiterer Träger.

Die Stadt muss allen Schülerinnen und Schülern hochwertig ausgestatteten und gesunden Schulraum zur Verfügung stellen. Die SPD Duisburg hat im Jahre 2004 das 120-Millionen-Programm zur Schulsanierung aufgelegt und die Schulen in unserer Stadt diesem Ziel einen großen Schritt näher gebracht. Das reicht uns aber noch nicht. Deshalb fordern wir eine Neuauflage des Programms.

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für den späteren Beruf und alle Jugendlichen haben das Recht auf eine Ausbildung. Deshalb wollen wir allen jungen Menschen Beschäftigung oder Ausbildung garantieren. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn wir das duale System in Zeiten rasanter Entwicklungen in der Arbeitswelt zukunftsfest modernisieren. Wo das duale System nicht mehr genügend Ausbildungsplätze anbietet, brauchen wir hochwertige Berufsausbildung im öffentlichen Sektor.

Volkshochschule und Stadtbibliothek Duisburg müssen leistungsfähig bleiben. Wir wenden uns gegen jede Kürzung in diesen Bildungsbereichen. Das heißt für uns auch, dass alle Stadtteilbibliotheken erhalten bleiben müssen.

Die Stadt Duisburg muss einen jährlichen Bildungsbericht auf Grundlage eines bildungspolitischen Leitbildes vorlegen, das sich an den zentralen Begriffen Chancengleichheit und Zukunftsfähigkeit orientiert. Dieser Bericht muss alle Bildungsbereiche umfassen.

In Zukunft DU

Duisburg ist eine lebens- und liebenswerte Stadt, die mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung die Vielfalt der Stadtteile geprägt und eine enge Verbundenheit der Menschen mit ihrem Wohnumfeld geschaffen hat. Deshalb wird die Stadtentwicklung in den kommenden Jahren die Stadtbezirke fest in den Blick nehmen. Nach einer Orientierung auf das Stadtzentrum ist es künftig notwendig, starke Akzente in den Stadtteilen zu setzen. Hier ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger hoch, hier wollen wir als SPD die Menschen mit ihren Wünschen und Anregungen frühzeitig in planerische Vorhaben einbeziehen.

Mit der demographischen Entwicklung wird die Einwohnerzahl in Duisburg weiter sinken. Dieser Prozess wird in den Stadtteilen unterschiedliche Konsequenzen haben: Weniger attraktive Stadtteile werden stärkere Verluste zu verkraften haben und dort werden mehr Wohnungen leer stehen. Für diese Wohnquartiere müssen frühzeitig Konzepte erarbeitet werden, um diese Veränderungen mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu gestalten.

Demographische Entwicklung beachten

Gravierender als der Bevölkerungsrückgang wird sich in den kommenden Jahrzehnten die Änderung im Altersaufbau unserer Gesellschaft bemerkbar machen: Der Anteil der über 60-jährigen wird von heute rund einem Viertel auf ein Drittel anwachsen. Wir wissen, dass die Duisburgerinnen und Duisburger so lange wie möglich und möglichst selbstständig in ihrer Wohnung leben wollen. Deshalb gehört es für uns zur Vorsorge, rechtzeitig die Wohnungen auf ihre Bewohnbarkeit im Alter zu überprüfen. Barrierefreies Wohnen heißt für uns: gut-erreichbare Versorgungseinrichtungen und funktionierende Kommunikations-möglichkeiten.

An Kinder denken

Duisburg soll eine kinder- und familienfreundliche Stadt sein. Deshalb ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar: Kinder müssen wesentlicher Teil der Stadtentwicklungspolitik sein. Das beginnt bei der Planung von Wohnungs- und Hausgrundrissen mit ausreichendem Wohnraum für Kinder und zeigt sich in der Gestaltung von Sport- und Spielplätzen, Freiflächen und Aufenthaltsorten für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen. Mit der Ausweisung von Wohngebieten müssen wir immer auch ein Grün- und Freiflächenkonzept verbinden.

Duisburger Wohngebiete sind dann für junge Familien interessant, wenn sie attraktive und bezahlbare Wohnungen mit einem guten Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Schulen verbinden. Dazu bedarf es nicht um jeden Preis des Einfamilienhauses. Die gut geschnittene Mietwohnung im sozialen Wohnungsbau ist in Duisburg noch immer begehrt. Deshalb wird die SPD darauf achten, dass auch weiterhin günstige Sozialwohnungen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Attraktives Wohnen im Stadtteil

Grünflächen sind eine Bereicherung für jeden Stadtteil. Wir wollen ermöglichen, dass zur Naherholung mehr Grünflächen geschaffen werden, gute nachbarschaftliche Kontakte entstehen und Spiel und Sport in unserer Stadt zur Wohn- und Lebensqualität beitragen.

Für viele Duisburger findet Erholung in Kleingärten statt. Deshalb wollen wir Kleingartenanlagen erhalten und ihre Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger finanziell erschwinglich halten.

Die Förderung von Stadtteilzentren liegt im Interesse einer sozial orientierten Stadtentwicklung. Daher ist die Ansiedlung privater Anbieter (Ärzte, Apotheken, Nahversorger) wünschenswert. Die Politik kann Ansiedlungen nicht erzwingen. Sie kann aber durch planerische Vorgaben, aktive Unterstützung und Dialogprozesse mitanpacken und den Aufbau einer gut erreichbaren Infrastruktur tatkräftig unterstützen. Ein Masterplan Einzelhandel ist hierzu ein ebenso wichtiger Schritt wie die Gründung von Immobilien-Standort-Gemeinschaften (ISG) in ausgewählten Quartieren. Die zukünftige Entwicklung unserer Stadt muss die gewachsenen Strukturen in den Ortsteilen berücksichtigen. Dies gilt für dörfliche Strukturen ebenso wie für Siedlungsprojekte in industrienahen Ortsteilen. Die Menschen fühlen sich wohl in ihrer vertrauten Umgebung und Neubürgern wird auf diese Weise ein breites Spektrum an Lebens- und Wohnperspektiven geboten.

Wohnen und Arbeiten

Unsere Stadt ist historisch geprägt von der Stahlindustrie, vom Bergbau und vom größten europäischen Binnenhafen. Moderne Stadtentwicklung schützt die Bürgerinnen und Bürger vor den negativen Auswirkungen der Industrie. Wir als SPD werden darauf achten, dass künftige Firmenansiedlungen zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen und die Belastungen für die so gering wie irgend möglich halten. Daher wollen wir neue Unternehmen vorrangig auf brachliegenden Industrie- und Gewerbeflächen ansiedeln und für die Menschen Abstände und Freiflächen schaffen. Eine lebens- und liebenswerte Stadt muss es schaffen, Wohnen und Arbeiten miteinander in Einklang zu bringen.

Verkehr gestalten

Die Verkehrspolitik der SPD stellt den Mensch in den Mittelpunkt, denn wir wollen ein lebens- und liebenswertes Duisburg. Die Weiterentwicklung des ÖPNV ist für uns nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Wir wollen zusammen mit Nutzern und Beschäftigten des ÖPNV ein Angebot entwickeln, das den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mobilität bietet und die Umweltbelastung des Verkehrs reduziert.

Mögliche Konflikte zwischen berechtigten Bürgerinteressen und zunehmendem Güterverkehr wollen wir als SPD gemeinschaftlich lösen und uns für innovative Lösungen im Güterverkehr einsetzen. Nur mit effizienten Verkehrssystemen, Infrastrukturausbau und vermehrtem Einsatz technischer und organisatorischer Innovationen kann man zukünftig den Güterverkehr gestalten und zugleich die Umweltverträglichkeit verbessern. Für die unterschiedlichen Stadtteile in Duisburg brauchen wir passgenaue Lösungen.

Die SPD Duisburg setzt sich ebenfalls für eine Förderung des Radverkehrs ein und möchte den Radverkehrsanteil in den nächsten Jahren deutlich steigern. Wir brauchen einen verstärkten Ausbau der Radwege und mehr Sicherheit auf den Straßen. Gleichzeitig engagiert sich die SPD Duisburg für die Ausschilderung eines Veloroutennetzes, sichere Radabstellanlagen und eine weitere Öffnung der Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr.

Sauberkeit und Sicherheit in Duisburg

Die Sauberkeit und Sicherheit auf den Straßen beschäftigt viele Duisburgerinnen und Duisburger sehr. Die Lebensqualität vieler Menschen leidet unter dem Dreck auf den Straßen. Dunkle und uneinsehbare Orte wirken beängstigend, werden von den Menschen als unsicher und gefährlich wahrgenommen. Um diesen Angsträumen ihren Schrecken zu nehmen, setzen wir Sozialdemokraten auf eine Mischung von Prävention und Reaktion.

Wir fordern eine Erziehung zum Respekt vor Umwelt und Eigentum in Kindergärten und Schulen. Um das Thema immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, brauchen wir die Kampagne „Duisburger für eine saubere Stadt“, getragen von der „Offensive für ein Sauberes Duisburg“ und Sponsoren. Die Aufklärungsarbeit muss ankommen – bei allen Menschen in Duisburg.

Der Dreck muss weg

Ein sauberes Duisburg gibt es nur mit kostenloser Sperrmüllabfuhr, dem Erhalt aller Recyclinghöfe und kundenorientierten Öffnungszeiten. Wir wollen ausgewiesene Grillstellen gerade im Sommer regelmäßig kontrollieren und wir machen den Bürgerinnen und Bürgern in Duisburg das „Dreck-weg-Versprechen“: Wilde Müllkippen können bei einer Hotline gemeldet werden und werden innerhalb von 48 Stunden beseitigt.

Unrat liegt aber auch an Stellen, wo die Stadt nicht zuständig ist. Das ist für die SPD Duisburg aber kein Grund fürs Wegsehen. Wir fordern die Schaffung einer „Clearingstelle“, damit auch an Autobahnabfahrten, auf Bahngelände oder auf den Flächen privater Grundstückseigentümer keine wilden Müllkippen entstehen.

Polizei und Feuerwehr stärken

Mit der Errichtung der City-Wache haben wir in Duisburg gute Erfahrungen gemacht. Unser landesweit einmaliges Konzept der Zusammenarbeit von Ordnungsdienst und Polizei wollen wir in allen Stadtbezirken fortsetzen. Das gilt vor allem für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf.

Wir müssen die Freiwillige Feuerwehr stärken und die Jugend-Feuerwehren systematisch aufbauen. Für uns ist es selbstverständlich, dass der hohe Standard der Berufsfeuerwehr und des Rettungsdienstes beibehalten werden muss. Dazu benötigen wir die Fortschreibung der Bedarfspläne und die Auflegung eines Investitionsprogramms „Sichere Stadt“. Wir wollen ein modernes Informations- und Warnsystem bei Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger.

Mit den Menschen Sicherheit gestalten

Die Bürgerinnen und Bürger in Duisburg wissen am besten, wo Angsträume lauern. Dieses Wissen wollen wir nutzen. Deshalb brauchen wir Bürgergespräche zur Sicherheit in den Stadtteilen und den möglichen Maßnahmen im Kampf gegen diese Angsträume.

Wir brauchen mehr „Sicherheits-Begleiter“ in Bus und Bahn, auf Friedhöfen und in Parks. Gute Ideen sind das Modellprojekt „Angstfreier Friedhofsbesuch“ mit der Ausgabe mobiler Notrufsysteme und die Stärkung der Ordnungsamtspräsenz auf den Duisburger Straßen. Wir wollen aber keine Privatisierung der Sicherheit, sondern

sehen Sicherheit als Chance für mehr öffentliche Beschäftigung. Wo nicht genügend Sicherheitskräfte zur Verfügung stehen, können arbeitssuchende Menschen einen guten Job machen. Sie können nach einer qualifizierten Schulung diese Aufgabe übernehmen und sollen von der ARGE bezahlt werden.

Nicht wegsehen

Die SPD Duisburg unterstützt nachdrücklich das Projekt „Hinschauen, Beraten und Helfen“ zur Bekämpfung von Drogen- und Alkohol-Konsum und seinen Folgen. Spritzen, Scherben von Flaschen oder Beleidigungen müssen runter von der Straße. Kampfhunde haben in Parks, auf Spielplätzen und in Einkaufsbereichen nichts zu suchen.

Jugendkriminalität früh erkennen und anpacken

Bei der Jugendkriminalität müssen wir handeln. Für die Notrufzentrale „115“ fordern wir eine rund um die Uhr Besetzung. Wo Maßnahmen der Jugendhilfe und der Sozialprävention nicht mehr greifen, müssen wir stärker als bisher aktiv werden. Dazu gehört für uns die Durchsetzung der Schulpflicht, zur Not auch mit Hilfe der Polizei. Regelverletzungen, Übergriffe und Gewalthandlungen müssen sanktioniert werden. Die Spannweite der Maßnahmen reicht von präventiven bis direkten erzieherischen Maßnahmen. Dass die Lehrkräfte dafür entsprechend qualifiziert werden, versteht sich von selbst.

Für Kinder und Jugendliche am Beginn einer kriminellen „Karriere“ brauchen wir dringend ein umfassendes Hilfsangebot für Kinder und Eltern. Insbesondere bei der Gruppe der Intensivtäter müssen wir schnell reagieren, die Straftaten beschleunigt verfolgen und Täter wie Eltern regelmäßig durch die Ermittlungsbehörden ansprechen lassen.

Wir brauchen eine stärkere Präsenz der Bezirksbeamten an den Schulen, um das Vertrauensverhältnis zwischen Polizei, Schule und Schülern zu verbessern. Die Präventionsprogramme zu Ursache und Wirkung von Gewalt müssen ebenso intensiviert werden wie der Täter-Opfer-Ausgleich. Kein Kind darf in die Kriminalität abrutschen, jedes Kind muss angstfrei zur Schule gehen können.

Gleichstellungspolitik

In den vergangenen Jahren wurde bereits viel für die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft erreicht. Heute übersteigt die Anzahl der Abiturientinnen und Hochschulabsolventinnen die Zahlen bei den Männern. Im späteren Berufsleben wird den Frauen allerdings häufig der Zugang zu Führungspositionen verwehrt. Jeder gesellschaftliche Bereich muss aber Frauen und Männern gleiche Chancen eröffnen, damit individuelles Potential in der Gesellschaft nicht weiter ungenutzt bleibt.

Die Politik der SPD steht bedingungslos für die Werte Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit. Deshalb ist die Gleichstellung von Frauen und Männern ein sozialdemokratischer Auftrag und das Prinzip des Gender Mainstreaming für die SPD ein zentrales Ziel: Bei allen politischen Entscheidungen sind bereits im Vorfeld die Vor- und Nachteile für beide Geschlechter abzuwägen.

Gleiche Bildungs- und Berufschancen

Die SPD wird für Frauen und Mädchen die Bildungs- und Berufschancen erhöhen, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten aktiv fördern und den Wiedereinstieg ins Berufsleben für Mütter unterstützen. Wir müssen eine arbeitnehmerfreundliche und flexible Kinderbetreuung aufbauen, damit Kind und Karriere vereinbart werden können. Auch Eltern von Kleinkindern wollen ihren Nachwuchs während der eigenen Arbeitszeit in guten und kompetenten Händen wissen. Arbeitgeber müssen - gerade in Zeiten eines Mangels an qualifizierten Fachkräften - in die Pflicht genommen werden, familienfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Gemeinsam gegen Gewalt

In unserer Gesellschaft werden oftmals Frauen Opfer von Gewalt. Projekte gegen häusliche Gewalt und ein zentrales Frauennottelefon können helfen, diesen Missstand zu bewältigen. Netzwerke gegen Gewalt und Diskriminierung von Frauen und Mädchen müssen aus- und aufgebaut werden. In einer Zuwanderungsstadt wie Duisburg ist Mehrsprachigkeit bei den Beratungs- und Anlaufstellen existenziell. Kriminalprävention wie beispielsweise Selbstbehauptungskurse müssen einen Beitrag leisten, damit Mädchen und Frauen selbstbewusst ihren Alltag gestalten können.

Die finanzielle Absicherung und der Ausbau der Duisburger Frauenhäuser sind unverzichtbar. Gleiches gilt für die Unterstützung von Frauen, die vom Wohnungsverlust bedroht sind, Schwangerschaftsberatungsstellen und alle anderen Beratungs- und Anlaufstellen in unserer Stadt.

Die SPD will ein starkes Frauen-Netzwerk. Alle Frauengruppen und Frauenverbände sollten zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten die Kräfte für die Frauenarbeit bündeln. Die SPD wird den städtischen Frauenförderplan weiterentwickeln und vor allem anwenden.

Sportliches Duisburg

Die größte Bürgerbewegung Duisburgs ist der Sport. Das sportliche Duisburg kann alles – vom Breiten- bis hin zum Leistungssport. Wir können stolz sein auf unsere 500 Vereine, auf die 100.000 Mitglieder und auf unsere Duisburger Leistungsträger bei Meisterschaften und Olympiaden. Sie sind die Aushängeschilder der Duisburger Spitzensportlandschaft.

Investitionen in den Sport zahlen sich aus. Sport ist unabhängig vom gesellschaftlichen Status, vom Alter und von der kulturellen Zugehörigkeit. Sport fördert die Gesundheit, Sport bringt Menschen zusammen. Für diese Idee stehen wir als SPD in Duisburg.

Sport vereint

Um Sport wieder für jedermann attraktiv zu machen, dürfen die Ideen und Wünsche der Duisburgerinnen und Duisburger nicht außen vor gelassen werden. Sportangebote müssen frei von Vereinsbindungen öffentlich zugänglich sein. Öffentliche Sportangebote holen Jugendliche von der Straße und bieten ein generationsübergreifendes Miteinander.

Ein zeitgemäßes Angebot für sportliche Betätigung stellt neue Anforderungen an die Sportflächen. Trendsportarten müssen berücksichtigt werden. Wir müssen unsere Flächen zukunftsorientiert und bedarfsgerecht planen, um die verfügbaren finanziellen Mittel voll auszuschöpfen. Wir stehen für eine fundierte Sportentwicklungsplanung, bei der wir sportlich-fair niemanden auf der Strecke zurücklassen.

In Duisburg ergänzen sich Breitensport und Spitzensport. Gute Sportpolitik muss auch den Spitzensport fördern. Der Standort Duisburg muss attraktiv für den Leistungssport werden. Wir als Duisburger SPD wollen durch aktive sportpolitische Richtungsentscheidungen dem Sportstandort Duisburg sein Gesicht wiedergeben und werden nicht zulassen, dass der Einfluss der gewählten, politischen Vertreter eingeschränkt wird.

Infrastruktur stärken, Standorte entwickeln

Grundlegende Voraussetzung für den Sportbetrieb ist eine intakte Infrastruktur. Wir unterstützen die stetige Anpassung der Regattabahn an international notwendige Ausstattungsstandards, um als anerkannter Ausrichter internationaler Wettkämpfe antreten zu können. Wir empfehlen die Stärkung des Sportparks Duisburg durch eine Kanu-Wildwasserstrecke und eine Mountainbike-Strecke (nördliche der Kruppstraße).

Wir als SPD werden uns dafür einsetzen, dass der Sport für unsere Vereine bezahlbar bleibt und die Pachtgebühren eingestellt werden. Wir fordern Kunstrasenplätze bei Sportplatzsanierungen, einen „Feuerwehrtopf“ für Reparaturen in Turnhallen und Sportstätten, 100 Streetball-Körbe in der Stadt und eine neue Bezirkssportanlage im Duisburgs Norden, die modellhaft von mehreren Vereinen betrieben wird.

Immer mehr Kinder können nicht schwimmen. Diese Kinder verpassen den Spaß an Bewegung im Wasser und sind an ungesicherten Stellen im Wasser immer gefährdet. Das ist die Folge des Abbaus von Lehrschwimmbecken – zuletzt gab es potenzielle Bestrebungen in Homberg – und der Ausfall von schulischem Schwimmunterricht. Bürger, Vereine und Schulen brauchen in den Hallen- und Freibädern ausreichende

Kapazitäten. Das muss die Stadt auch gewährleisten, wenn private Träger ein Hallenbad betreiben.

Wir wollen die Kennzeichnung der Rad- und Wanderrouten für die sportlich aktiven Menschen verbessern, die sich keinem Verein angeschlossen haben. Neben der Erweiterung und Pflege der Wege beabsichtigen wir, die verschiedenen Strecken konzeptionell miteinander zu verbinden.

Ehrenamt stärken

Sport bietet die Chance, soziales Engagement zu lernen und Verantwortung zu übernehmen. Das Ehrenamt ist eine der tragenden Säulen unseres Zusammenlebens und verdient eine angemessene Würdigung. Wir müssen gerade das Engagement junger Menschen durch Lehrgänge und Ausbildungen fördern, damit sie der Verantwortung und auch den Anforderungen gerecht werden können. Eine spezielle Schulung ist im Behinderten- und Rehabilitationssport unerlässlich, damit solche Angebote überhaupt aufrechterhalten werden können. Die SPD hat mit der Versicherung für Ehrenamtliche den ersten Schritt getan und wir werden soziales Engagement auch weiterhin kräftig unterstützen.

Vereine einbinden, Talente fördern

Die SPD Duisburg will die Vereine stärker in das Konzept der Ganztagsbetreuung einbinden. Wir brauchen die Erfahrungen der Vereine und sehen durch eine verstärkte Einbindung auch positive Auswirkungen auf die Talentförderung. Wir streben ein verantwortungsvolles Konzept im Schulbetrieb an, in dem die Sportvereine als gleichberechtigter Partner agieren und verbindlich unter anderem in das offene Ganztagsprinzip eingegliedert werden. Alle Konzepte ohne die Vereine würde für diese eine zusätzliche Belastung durch Mitgliederschwund mit sich bringen. Gerade im Angesicht dieser Problematik sehen wir uns als SPD in der Pflicht, die Duisburger Vereine nicht alleine zu lassen und Lösungen anzubieten.

Kultur = Toleranz - Solidarität - Interkulturelle Urbanität

Kunst und Kultur sind zum Leben ebenso wichtig wie etwa Brot und Elektrizität. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger im sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich umfasst besonders die vielfältigen Integrationsprozesse, die gelebte Solidarität und die Identifizierung mit ihrer Stadt. Wir engagieren uns für eine verbesserte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am kulturellen und gesellschaftlichen Leben in Duisburg und initiieren vor diesem Hintergrund eine Diskussion über die kulturelle Identität unserer Stadt und deren nachhaltige Entwicklung.

Eine aktuelle und ganz besondere kulturpolitische Herausforderung stellt für Duisburg die Teilnahme an den Aktivitäten des Kulturhauptstadtjahres und das Herausarbeiten eines speziellen Duisburger Profils dar. Die sozialdemokratische Kulturpolitik trägt die Position Duisburgs als „Hafentor der Kulturhauptstadt“ in der Erwartung, dass insbesondere kulturelle Traditionen und Qualitäten der Kunst- und Künstlerszene dabei deutlich zum Tragen kommen.

Kulturelle Bildung ausbauen

In einer Stadt wie Duisburg muss die kulturelle Bildung einen höheren Stellenwert erhalten. Das gilt auch für die interkulturelle Bildung und ihren Beitrag zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der in Duisburg beheimateten Kulturen, wie sie insbesondere erfolgreich vom „Internationalen Zentrum“ der Volkshochschule und der Türkischen Bibliothek der Stadtbibliothek praktiziert wird.

Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (einschließlich der Schulkultur) haben für uns einen besonderen Stellenwert. Mit dem 1976 eingerichteten Spielkorb war Duisburg in Deutschland bahnbrechend. Dieses Kooperationsmuster ist auch Vorbild für die enge Kooperation der zahlreichen leistungsfähigen Kunst-, Kultur- und Bildungsangebote in der Stadt. Die interdisziplinäre Kulturarbeit muss finanziell und personell gestärkt werden, vorhandene Einrichtungen - etwa Museumsspaß der Stiftung Wilhelm-Lehmbruck-Museum, der Jugendclub Spieltrieb im Theater oder das Programm „Klasse Klassik!“ - müssen fortgeführt werden.

Gleichzeitig muss aber auch das „reguläre“ Angebot erhalten bleiben. Dazu gehören der Bücherbus in den Stadtteilen sowie die verlässlichen Öffnungszeiten der Bezirks- und Stadtteilbibliotheken. Die Arbeit der klassischen Bildungseinrichtungen wie Bibliothek und Volkshochschule kann nicht genug gewürdigt werden. Wir fordern einen modernen Neubau, der den heutigen Ansprüchen an die Arbeit von Bibliothek und VHS entspricht.

Wir wirken hin auf eine aktive Partnerschaft der Kindergärten und Schulen mit den zahlreichen Museen, der Deutschen Oper am Rhein, den Duisburger Philharmonikern, dem Schauspiel, dem KOMMA Theater, der Stadtbibliothek, der VHS, der Niederrheinischen Musik- und Kunstschule, dem Tanz, der Literatur und den vielfältigen Angeboten der Künstler. Für dieses Ziel sollten aber auch die Universität Duisburg-Essen und die Folkwang Hochschule eingebunden werden.

Zum lebendigen historischen Bewusstsein gehören auch die zahlreichen Erinnerungsstätten, Denkmale und Publikationen zur Geschichte Duisburgs unter der nationalsozialistischen Diktatur, die am besten in einem „NS-Dokumentationszentrum“ für Duisburg zusammen geführt werden sollen - eventuell im Zusammenwirken von Kultur- und Stadthistorischem Museum, Stadtbibliothek und Stadtarchiv.

Wir brauchen ein Netzwerk kultureller Bildung in Duisburg, das insbesondere auch Inhalte erarbeitet und eine falsche Ökonomisierung der kulturellen Bildung verhindert.

Qualitativ hochwertige Angebote stützen

Die seit mehr als 50 Jahren kulturpolitisch bedeutsame Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg – getragen von der renommierten Deutschen Oper am Rhein – ist ein herausragender Eckpfeiler des kulturellen Profils Duisburgs und sollte weiter gestärkt werden. Die sinfonischen Konzerte und Opernabende werden von den Duisburger Philharmonikern auf besonders hohem Niveau inszeniert. Der anerkannte Klangkörper soll als kultureller Schwerpunkt Duisburgs so positioniert werden, dass in einigen Jahren dem Duisburger Orchester der Status der Ruhrphilharmonie verliehen werden kann.

Die internationalen Musikfeste haben Duisburg in der Vergangenheit einzigartig ausgezeichnet (z. B. Schostakowitsch, Schönberg, Ives) und sollen daher in Zukunft im Zweijahresrhythmus ebenso fortgesetzt werden wie die Duisburger Akzente, Traumzeitfestival, Tanztage, Internationale Kinder- und Jugendbuchausstellung und Duisburger Filmwoche. Diese Festivals sind wichtige traditionelle Kulturereignisse und müssen so auch im Kontext der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 positioniert werden. Im Bereich der Festivals kommt der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine herausragende Rolle zu. Die SPD sieht es als wichtiges kulturpolitisches Ziel, zu kontinuierlichen Vereinbarungen zu kommen.

Freie Szene einbeziehen

Für das Entstehen lebendiger Stadtquartiere und urbaner Kommunikationsorte ist das Wirken von Künstlern, Kulturschaffenden und Menschen mit Kreativpotenzialen unverzichtbar. Die unter dem Begriff Freie Szene zusammengefassten vielfältig schöpferischen Einzelpersonen und Gruppen müssen weiterhin eine angemessene Förderung erhalten, insbesondere durch die Bereitstellung entsprechend kostengünstiger Atelierräume und Produktionsmöglichkeiten.

Duisburg hat zahlreiche Künstlerhäuser - allen voran Goldstraße und Dreigiebelhaus - Ateliers und soziokulturelle Zentren wie Hundertmeister, Internationales Zentrum, Alte Feuerwache, Kulturbunker Bruckhausen, Zentrum Westende, Kiebitz und andere, die eine stärkere öffentliche Unterstützung für ihre wichtige breitenkulturelle Arbeit erhalten sollten. Die in Duisburg unter sozialdemokratischer Verantwortung in den Stadtbezirken geschaffenen „Kultur- und Freizeitzentren“ erfüllen vielfältige Aufgaben und sind weiterhin zu fördern.

Wir unterstützen Datenbanken in den Bezirken, in der sich die freie Szene zusammenfinden und ihr Angebot präsentieren kann.

Jugendkultur pushen

Jugendliche Künstler brauchen in der Kulturarbeit besondere Aufmerksamkeit, denn sie können nicht wie ihre erwachsenen Kollegen auf möglicherweise professionelle oder kommerzielle Hilfe zurückzugreifen. Das Ausleben ihrer Fantasie und ihrer Ideen in einer Band oder Theatergruppe stärkt das Selbstbewusstsein und die Eigenständigkeit. Diese Jugendszene gilt es zu fördern und bei der Planung von Veranstaltungen notwendige Hilfestellung zu bieten. Dabei müssen wir aber auch immer beachten, dass diese Szene einem sehr raschen Wandel unterliegt. Das darf aber kein Hinderungsgrund für eine Unterstützung des kreativen Nachwuchses sein.

Duisburg ist eine grüne Industriestadt

Umweltschutz in einer von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Industrie- und Großstadt wie Duisburg heißt: Die Investitionen in Umwelt- und Naturschutz müssen sozial gerecht allen Bewohnern zugute kommen. Wohnen im Grünen nur für wenige, aber Lärm und Staub für viele – das wird es mit der SPD in Duisburg nicht geben.

Die verbleibenden Grün- und Erholungsgebiete dürfen nicht zugunsten gut betuchter Neubürger oder zur Ausweitung touristischer Zwecke weiter zugebaut werden. Die Gesundheit und das Bedürfnis der Duisburger Bürgerinnen und Bürger nach wohnortnahe Grün müssen im Mittelpunkt des Umweltschutzes stehen.

1000 grüne Inseln

Die Vermehrung von Grünzügen und Grünflächen in Duisburg hat viele Vorteile: Es werden durchgängige Fuß- und Radwegeverbindungen geschaffen, es entstehen neue wohnortnahe Erholungsflächen mit kleinklimatischen Ausgleichsfunktionen und für die Tierwelt neue Biotopverbindungen und damit neue Lebensräume und Rückzugsbereiche. Wir fordern deshalb ein Programm „1000 grüne Inseln“ in Duisburg. Die „Inseln“ sollen durch die Grünzüge als „Brücken“ verbunden werden.

Die explodierenden Energiekosten und der rasante Klimawandel verlangen eine konsequente energetische Sanierung aller Gebäude. Duisburg ist die einzige Großstadt ohne kommunales Klimaschutzkonzept. Ein umfassendes Klimaschutzkonzept muss konkrete CO₂-Minderungsziele sowie Zeit- und Maßnahmenpläne für Duisburg liefern. Die Duisburgerinnen und Duisburger müssen den Klimawandel meistern können, ohne dabei arm zu werden.

Die Industriebetriebe wie die Logistikunternehmen in Duisburg müssen ihre gesetzlichen Verpflichtungen für saubere Luft und lärmarme Produktion erfüllen. Notwendig ist eine Umsetzung der Luftreinhaltepläne mit klaren Zielen und Zeitvorgaben. Wir brauchen eine zukunftsgerichtete und konsequente industrielle Altanlagenanierung.

Die von der Stadt eingerichtete Umweltzone ist leider ein Flickenteppich und reduziert die Feinstaubbelastung für die Menschen nur minimal. Die Fahrzeugflotte der Stadt und ihrer Töchter muss mit gutem Beispiel vorangehen und soll schrittweise mit Feinstaubfiltern ausgerüstet werden. Eine Umstellung auf Erdgasbetrieb soll geprüft werden.

Kontrolle erhalten

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Umweltschutz gibt es nur mit personell gut und kompetent ausgestatteten lokalen und staatlichen Umweltämtern. Deshalb muss der Personalabbau gestoppt werden. Wir brauchen eine Umwelt-Hotline, in der jeder Bürger mögliche Umweltsünden melden kann und im Bedarfsfall kompetente Beratung in Umweltfragen erhält.

Die Stadtwerke Duisburg müssen mehrheitlich im Besitz der Stadt bleiben. Die Strom- und Wärmeproduktion für Duisburg muss vor Ort erfolgen, um die effiziente und ökologische Versorgung der Duisburgerinnen und Duisburger mit kostengünstigem Strom und Wärme sicherstellen zu können. Die Bürgerinnen und Bürgern müssen Angebote bekommen, wie sie Energie als Mieter oder Eigentümer zu Hause einsparen können.

Leiser ist besser

Viele Duisburger leiden unter extremen Lärmbelastungen. In den Lärminderungsplänen für die Stadt Duisburg sind viele Maßnahmen beschrieben, diese müssen aber jetzt auch umgesetzt werden. Zwingend erforderlich ist ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept für eine Steuerung der Verkehrsströme. Das gilt insbesondere für den Schwerlastverkehr. Nur so können wir die Bürgerinnen und Bürger wirklich wirksam vor Lärm schützen.

Nicht diese Pipeline

Die SPD hat sich als erste Partei in Duisburg gegen den Bau der CO-Pipeline ausgesprochen. Duisburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Bürgerinitiative mitgegründet und eine Ratsinitiative für einen Baustopp veranlasst. NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und seine Landtagsmehrheit aus CDU/FDP sind aber immer noch für den Bau und verhindern jede parlamentarische Initiative für einen Ausstieg.

Die Duisburger SPD wird weiter mit allen legalen Mitteln versuchen, eine Inbetriebnahme der CO-Pipeline zu verhindern. Wir blicken aber auch nach vorne und fordern für die Zukunft strengere gesetzliche Vorgaben zur Informationspflicht und deren Kontrolle bei solchen Großprojekten.

Migration und Integration

In den vergangenen Jahrzehnten fand eine umfangreiche Einwanderung nach Duisburg statt und viele der neuen Bürgerinnen und Bürger integrierten sich in unserer Stadt. Die SPD Duisburg bekennt sich zu einem gleichberechtigten, friedlichen und konstruktiven Zusammenleben aller Menschen in Duisburg. Die Voraussetzung ist die Toleranz für unterschiedliche Kulturen, Religionen und Lebensformen auf der Grundlage unserer Rechtsordnung.

Migrantinnen und Migranten stellen nicht nur einen großen Teil unserer Bevölkerung, sie erbringen auch generationsübergreifend erhebliche Leistungen für unser Gemeinwesen. Dies müssen und wollen wir wertschätzen. Die Anerkennung der Interkulturalität ist eine politische Pflicht, die eine gesellschaftliche Bereicherung und historische Notwendigkeit darstellt: Ohne Teilhabe an den Chancen und Verantwortungen für das gesamtgesellschaftliche Leben gibt es keine Möglichkeit zur Integration. Die von der SPD Duisburg unterstützten Integrationskonferenzen haben zu zukunftsweisenden Ergebnissen geführt.

Wir werden uns an der Umsetzung in politischen Gremien, in der Stadtgesellschaft und in unserer eigenen Partei aktiv beteiligen. Wir fordern, dass die vereinbarten Maßnahmen durch Ratsbeschluss zu einem Kommunalen Integrationsprogramm mit Fristen, Finanzmitteln, Erfolgskontrolle und jährlicher Fortschreibung weiterentwickelt werden.

Politische Teilhabe

Die SPD Duisburg steht zum Kommunalwahlrecht für Migrantinnen und Migranten, die schon längere Zeit hier leben und sich für ihre neue Heimat engagieren wollen. Der von der SPD geförderte Beirat für Zuwanderung und Integration arbeitet vorbildlich. Seine Entscheidungskompetenzen müssen erweitert werden.

Die SPD Duisburg unterstützt eine Initiative zur interkulturellen Öffnung der Vereine und Verbände in unserer Stadt: Migrantinnen und Migranten müssen gleichberechtigt mitentscheiden können. Wir unterstützen besonders die Sportvereine, die von Migranten und Einheimischen zusammen getragen werden. Bei der Zuteilung von Sportstätten und Nutzungszeiten müssen diese Vereine Chancengleichheit bekommen.

Mit Sorge müssen wir auch in Duisburg immer noch Defizite in der gleichberechtigten Teilhabe von Mädchen und Frauen am gesellschaftlichen Leben feststellen. Förderprojekte von Stadt, Vereinen und Organisationen müssen eingerichtet werden, um diesen Mädchen und Frauen Selbstvertrauen zu geben. Dazu gehören ein spezifisches Sprachangebot, vielfältige Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten, die aufsuchende Betreuung und Beratung, kulturelle, sportliche und freizeitorientierte Angebote sowie Aufklärung und Schutz vor Gewalt.

Frühe Förderung sichert Chancengleichheit

Chancengleichheit beginnt im Bildungsbereich bei der frühkindlichen Förderung. Kindertageseinrichtungen müssen zu Bildungsstätten mit qualifiziertem Personal aufgewertet werden, um soziale Benachteiligungen frühzeitig auszugleichen. Schulklassen mit zu hohem Anteil von Kindern mit mangelnden Sprachkenntnissen verschlechtern die Bildungs- und damit Lebenschancen und überfordern das Lehrpersonal. Die landesweite Aufhebung der Schulbezirksgrenzen hat diese Situation verschärft und erschwert auch die Problemlösung. Deshalb müssen die finanziellen, personellen und

materiellen Ressourcen zu Gunsten der betroffenen Schulen in Duisburg umverteilt werden.

Jedes Kind hat ein Recht darauf, dass seine Muttersprache bewahrt und gefördert wird. Dies sollte unter Leitung der Schulaufsichtsbehörde stehen und im Schulrecht verankert sein. Wer seine Muttersprache systematisch erlernt hat, findet auch leichter einen Zugang zu anderen Sprachen und hat bessere Bildungschancen. Deshalb ist die Muttersprache wichtig, der Erwerb der deutschen Sprache ist und bleibt jedoch vorrangiges Ziel.

Eine besondere Zielgruppe von städtischen Hilfsangeboten müssen junge Eltern sein. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihre Kinder optimal zu fördern. Die SPD Duisburg setzt sich daher für eine aufsuchende Beratung durch lebenserfahrene Personen, die am besten einen eigenen Migrationshintergrund haben sollten. Gleichzeitig engagieren wir uns für die Schaffung und Pflege von wohnnahen Orten der Begegnung. Dazu gehört die Vernetzung der Angebote von VHS, Kindergärten, Schulen, EG DU, Vereine, Kirchen und Nachbarschaften.

Perspektive durch Arbeit

Für alle jungen Menschen in dieser Stadt gilt: Nur ausreichende Ausbildungsplätze und ein ordentlicher Übergang in das Berufsleben eröffnen Zukunftsperspektiven. Trotz sprachlicher Kompetenz und gutem Schulabschluss stehen jungen Migrantinnen und Migranten aber oft vor verschlossenen Türen zum dualen Ausbildungssystem und der Arbeitswelt. Die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften müssen hier bei Beratung, Auswahl, Förderung und Übernahme mit gutem Beispiel vorangehen.

Alltägliche Integration erleichtern

Menschen mit Migrationshintergrund finden sich oft in den städtischen Angeboten, bei Behördengängen oder im Bildungsbereich nicht ausreichend gut zurecht. Die SPD Duisburg will das kommunale Netz von lebenserfahrenen, weltoffenen und ehrenamtlichen Menschen erweitern, die als Lotsen durch die Einrichtungen der gemeinsamen Heimat führen.

Dazu gehören auch die Hilfen im Alter und die gesundheitliche Prävention. Auch in der kommunalen Gesundheitsberichterstattung sind Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund nachvollziehbar und ergebnisorientiert niederzulegen.

Gleichzeitig stehen auch unsere Wohnungsgesellschaften in der Pflicht, Menschen mit Migrationshintergrund die Integration zu erleichtern: Sie müssen für eine faire Vergabepraxis sorgen.

Friedliches Zusammenleben

Die SPD Duisburg will eine weltoffene, tolerante und integrationsbereite Stadtgesellschaft. Wer das friedliche Zusammenleben stört, muss mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Wir unterstützen Bürgerengagement wie das „Bündnis für Toleranz und Zivilcourage“ und Gruppierungen, die gegen Vorurteile kämpfen oder erlebte Diskriminierung öffentlich machen.

Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Beobachtung, Untersuchung und Dokumentation der Diskriminierungsfälle und verdeckter Fremdenfeindlichkeit in der Stadtgesellschaft.

Internationale Beziehungen: Städtepartnerschaften, Wirtschaft, Universität

Mit knapp einer halben Millionen Menschen gehört Duisburg zu den fünfzehn größten Städten der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Stadt liegt nicht nur mitten im Ballungsraum Rhein-Ruhr und im Herzen Europas, Duisburg hat weltweite Verbindungen: Durch unsere Geschichte, unsere Politik, unsere Wirtschaft, unsere Universität und unsere Städtepartnerschaften ist unsere Stadt global vernetzt.

Weltweite Partnerschaften

Mit Portsmouth entstand 1950 die erste Städtepartnerschaft. Im Zeichen der deutsch-französischen Aussöhnung folgte 1964 eine Partnerschaft mit der französischen Hafenstadt Calais, im Jahre 1973 folgte eine Partnerschaft mit dem togolesischen Lomé (Partnerschaft ruht zur Zeit) und 1982 mit der zentral-chinesischen Wirtschaftsmetropole Wuhan. Die Universitätsstadt hat über acht Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und gilt als eine der Geburtsstätten moderner chinesischer Industrie.

Am 10. Oktober 1985 besiegelten Vilnius und Duisburg ihre Städtepartnerschaft durch eine Urkunde feierlich. Fast zehn Jahre später folgte am 3. Juni 2005 die Partnerschaft mit dem türkischen Gaziantep. Im Jahr 2007 kamen noch die Partnerschaften mit Perm/Russland und ein Jahr später mit San Pedro Sula/Honduras dazu.

Die Städtepartnerschaften leisten einen Beitrag zur interkulturellen Verständigung und unterstreichen die internationale Ausrichtung Duisburgs. Diese Partnerschaften sollen zudem grenzüberschreitende Wirtschafts- und Unternehmenszusammenarbeit fördern.

Wirtschaftszentrum Duisburg

Die zentrale geographische Lage und die hervorragende Infrastruktur machen Duisburg zu einem der Hauptknotenpunkte der deutschen und europäischen Wirtschaft. Duisburg bietet alteingesessenen Traditionsfirmen ebenso wie neuen Unternehmen einen attraktiven Standort. Die Duisburger Stahlindustrie hat sich stark modernisiert und unsere Stadt ist heute Stahlstandort Nummer eins in Europa. Gleichzeitig prägen die chemische Industrie und die Papierindustrie, Unternehmen des Anlagen-, Maschinen- und Schiffbaus, Hersteller von Präzisionsinstrumenten sowie Unternehmen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie die Wirtschaftsstruktur der Stadt.

Duisburg gilt mit seinen Häfen und der Duisburger Logport AG als Paradies für die Logistikbranche. Die hervorragende Verkehrsanbindung und die zentrale Lage im Rhein-Ruhr-Raum bieten optimale Standortbedingungen und machen unsere Stadt zu einem Logistikstandort von internationaler Bedeutung. Die Trimodalität hat hochkarätige Güterumschlags-Unternehmen vom Wirtschaftsstandort Duisburg überzeugt.

Große Dienstleistungsunternehmen sind traditionell ansässig in Duisburg. Unsere Stadt hat sich zu einem wichtigen globalen Dienstleistungsstandort entwickelt. Für diesen Bereich steht exemplarisch der Innenhafen. Zudem ist eine Hochburg des Dialogmarketings in Duisburg entstanden: Unternehmen wie AOL, die Citibank, das Railion Deutschland Service-Center, die DDS Dresdner Direktservice GmbH, die BKK KM direkt und sanvartis haben Duisburg zum zentralen Aktionsort für ihre zum Teil weltweite telefonische Kundenbetreuung gewählt.

Zu den anderen weltweit agierenden Unternehmen mit einem Standort in Duisburg gehören Imperial Holdings Ltd., Makita Werkzeuge GmbH, Norske Skog Walsum GmbH, Shimadzu Europa GmbH, Siemens Power Generation Industrial Applications und Hitachi Power Europe.

Auch in der Informations-, Kommunikations- und Mikrotechnologie sind wir mit der Universität Duisburg-Essen, dem Fraunhofer-Institut, dem Institut für Brennstoffzellentechnologie und dem Development Center NRW der Infineon Technologies AG national und international gut aufgestellt.

Die Universität gibt Impulse

Die Universität Duisburg-Essen unterstreicht Duisburgs Internationalität auch in der Wissenschaft. Sie wurde am 1. Januar 2003 durch die Vereinigung der dreißig Jahre lang selbständigen Universitäten in Duisburg und Essen gegründet und ist heute eine der zehn größten Universitäten Deutschlands. Rund 30.000 Studierende sind hier eingeschrieben, und mit 4.300 Mitarbeitern im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Dienst nimmt die Hochschule einen hervorragenden Platz unter den Arbeitgebern in der Region ein. Die Universität gibt Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung und setzt wichtige Akzente im Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt.

Die Basis ist ein breites Fächerspektrum in Forschung und Lehre. Es reicht von den gut ausgebauten Geistes-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften über die angesehenen Design-Fächer bis hin zu den Ingenieur- und Naturwissenschaften einschließlich der Medizin. Im Umfeld der Universität hat sich mit dem renommierten Fraunhofer Institut ein Forschungszentrum für Mikroelektronik, Brennstoffzellentechnik, Logistik und Umwelttechnologie entwickelt. Weithin bekannt ist das Institut für Entwicklung und Frieden.

Die SPD erkennt die Zukunftsperspektiven der Universität Duisburg-Essen und begleitet die Konsequenzen des Fusionsprozesses in kommunaler Verantwortung. Nicht zuletzt deshalb fordern wir im Rahmen des neuen Hochschulgesetzes einen Hochschulrat unter kommunaler Beteiligung. Dieser muss insbesondere Vertreter aus der lokalen Politik einbinden.

Die Universität ist Standortfaktor für Duisburg. Wir wünschen uns einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit von lokaler Wirtschaft und Universität in Fragen des Praxisbezugs von Studiengängen und beim Übergang in den Beruf. Die Hochschule muss stärker als Plattform für Unternehmensgründungen betrachtet und die Unterstützung von Hochschulabsolventen weiter ausgebaut werden. Wir wollen eine intensive Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen in der Region. Für die lernende Gesellschaft wollen wir die Weiterbildung zur vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen. Auch sie steht in öffentlicher Verantwortung.

Die Universität bietet Chancen für die Stadt, die endlich ergriffen werden müssen. Duisburg als Universitätsstadt muss deutlicher als bislang in das Stadtmarketing eingebunden werden. Nur ein Bruchteil der am Campus Duisburg Studierenden wohnt auch in unserer Stadt. Das wollen wir ändern. Gerade vor dem Hintergrund rückläufiger Einwohnerzahlen und der gleichzeitigen Überalterung der Duisburger Bevölkerung ist es umso wichtiger, deutlich mehr Studierende in Duisburg zu binden. Wir wollen hier mit gezielten Werbeaktionen und verbesserten Rahmenbedingungen die Initiative ergreifen.

Europa in Duisburg

Politische Entscheidungen in Europa haben konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen in Duisburg. Europa bringt gerade für Duisburg viele Vorteile, aber wir Sozialdemokraten sehen auch durchaus Gefahren. Dazu gehört zum Beispiel eine einseitig wirtschaftsliberal agierende EU-Kommission. Der europäische Binnenmarkt mit seinen Wettbewerbsregeln darf nicht Selbstzweck sein und zu Sozialdumping führen.

Das Lohnniveau in Duisburg darf nicht weiter abgesenkt werden, unsere Stadt braucht die Kaufkraft seiner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb setzen wir uns in der Kommune für europäisch-koordinierte und nationale umgesetzte Mindestlöhne ein. In 20 von 27 EU-Staaten funktionieren Mindestlöhne bereits reibungslos und auch in Deutschland kämpft die SPD für einen einheitlichen, gesetzlichen und Existenz sichernden Mindestlohn.

Wichtig für Duisburg sind starke lokale Versorger im Bereich der Daseinsvorsorge. Die Sicherung und Verbesserung der Daseinsvorsorge ist eine wesentliche Grundbedingung für die Verwirklichung eines sozialen Europas. Wir brauchen die Sicherung öffentlicher Einnahmen zur Finanzierung von lokaler Infrastruktur an Krankenhäusern, Kultureinrichtungen und Verkehrsverbindungen. Monopolstrukturen wollen wir bekämpfen. Deshalb muss die öffentliche Daseinsvorsorge garantiert sein. Gemeinsam mit unseren Abgeordneten im Europäischen Parlament wollen wir für diese Garantie streiten.

Die SPD will in Duisburg gemeinsam mit Partnern in Europa von und mit einander lernen, durch Internationalisierung und Vermittlung von Sozialkompetenz Chancen erhöhen. Deshalb muss Internationalität sowohl bei Schulen wie auch bei Hochschulen und bei der Volkshochschule ausgebaut werden.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass ausreichend EU-Fördermittel nach Duisburg fließen und engagieren uns für mehr Beteiligung der Kommunen an europäischen Entscheidungsprozessen. Kommunale Kompetenz muss für Europa genutzt werden

Wir als Duisburger SPD wissen, dass soziale Gerechtigkeit heute auf allen Ebenen entschlossenes politisches Handeln erfordert. In der Kommune ebenso wie in Europa.

Mehr Demokratie in der Kommunalpolitik

In Deutschland haben die Volksparteien den Aufbau der Demokratie vorangetrieben. Dabei war eine bürgernahe Kommunalpolitik immer ein wichtiger Faktor. Die SPD hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1863 an ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Sie ist seit mehr als 145 Jahren eine Kommunal-Partei mit starker Verwurzelung in Städten und Gemeinden. Bei der SPD Duisburg kann jede Bürgerin und jeder Bürger in den Arbeitsgemeinschaften und 33 Duisburger Ortsvereinen aktiv und direkt an der Entwicklung unserer Stadt mitarbeiten.

Nah am Menschen

Die SPD Duisburg ist nah dran an den Menschen unserer Stadt. Die SPD-Ratsmitglieder laden regelmäßig zu Sprechstunden ein und quer durch Duisburg können die Menschen bei den Auftritten unseres „Roten Schuhs“ Ideen einbringen und Kritik loswerden. Unsere Parteimitglieder engagieren sich darüber hinaus in Vereinen, Verbänden und Initiativen.

Die fachlichen Foren und thematisch-orientierten Arbeitsgruppen der SPD Duisburg stehen auch für Menschen offen, die sich noch nicht zu einer Parteimitgliedschaft entschließen konnten. In den Stadtteil-Foren können die Menschen mit Bezirks- und Ratsvertretern sowie Verwaltungsfachleuten über Entwicklungschancen und Maßnahmenpakete auf gleicher Augenhöhe beraten. Wir wollen, dass in den städtischen Gesellschaften Ombudsleute für die Beachtung der Wünsche, Kritiken und Anregungen aus der Bürgerschaft sorgen.

Außerdem fordern wir als Sozialdemokraten einen Ausbau der Bürgerservice-Stationen und ein größeres Online-Angebot der Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Verwaltung ihrer Stadt bis zu ihrem Chef, dem Oberbürgermeister, noch besser erreichen und ihre Bürgerangelegenheiten bequemer und schneller erledigen können. Mehr Transparenz bedeutet für uns aber auch, dass die Darstellung und Diskussion über den städtischen Haushalt in den Bezirken weiter ausgebaut werden muss.

Bürger mehr entscheiden lassen

Die SPD fordert eine echte Stärkung der Bezirksvertretungen. In einem ersten Schritt sollen die Bezirksvertretungen ein eigenes Budget bekommen, das sie selbstverständlich verwalten können.

Wir als SPD wollen aber auch mehr Direkte Demokratie wagen. Unter dem Motto „Mehr Fairness und gleiche Augenhöhe“ zwischen Verwaltung und Bürgerschaft wollen wir Bürgerbegehren und Bürgerentscheide stärken und haben klare Vorstellungen zur Umsetzung: Interessierte Bürgerinnen und Bürger müssen im Vorfeld mehr Beratung bekommen und wir brauchen im Rathaus ein Klima der Offenheit. Direkte Demokratie funktioniert nur, wenn über die Zulässigkeit von Bürgerbegehren bürgerfreundlich entschieden wird und vor einer Entscheidung keine unabänderlichen Fakten geschaffen werden. Am Wahltag selbst brauchen wir die umfassende und ausgewogene Information der Wahlberechtigten, mehr Briefwahlmöglichkeiten in den Bezirksrathäusern und ein wohnungsnahes Angebot von Abstimmungslokalen.

Stadtfinanzen

Die Finanzsituation Duisburgs ist seit mehr als 20 Jahren bedenklich. Der Strukturwandel hat unsere Stadt besonders hart getroffen und die Auswirkungen lassen sich an zwei Zahlen sehr deutlich erkennen: Der Bevölkerungsrückgang (43.000 in den vergangenen 15 Jahren) bedeutete auch einen Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, während die Zahl der Langzeitarbeitslosen deutlich angestiegen ist.

Schulden statt Haushaltskonsolidierung mit Schwarz-Grün

In den vergangenen vier Jahren hatte die Schwarz-Grüne Stadtregierung endlich mehr Spielräume, um die Verschuldung unserer Stadt in den Griff zu bekommen: Die konjunkturelle Besserung und der Gewerbesteueranstieg von 167% in den Jahren 2003 bis 2007 haben Duisburg eine echte Chance gegeben. Die Stadtspitze hat aber selbst in guten Zeiten keinen ausgeglichenen Haushalt auf die Beine gestellt bekommen und erst recht keine Rücklagen gebildet. „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!“. Diesen Gedanken haben Oberbürgermeister Sauerland und die finanzpolitischen Entscheidungsträger komplett ausgeblendet und das genaue Gegenteil getan: Statt eines ausgeglichenen Haushalts muss Duisburg jetzt sogar ein Defizit von 188 Millionen Euro (Stand: 2008) stemmen. Unsere Stadt steht vor den Trümmern einer gescheiterten Finanzpolitik der vergangenen vier Jahre.

Zusammen für ein schuldenfreies Duisburg

Wir Sozialdemokraten fordern einen rigorosen Kassensturz. Die SPD will alle städtischen Projekte aussetzen, um über deren Auswirkungen auf den Haushalt Klarheit zu gewinnen. Außerdem müssen die städtischen Gesellschaften in die Pflicht genommen werden, sich durch Konzepte an der Sanierung und Entlastung der Stadtkasse zu beteiligen. In einem ständigen Ausschuss sollen Verwaltung und Politik zusammen mit Wirtschaft und Gewerkschaften über Wege aus dem Schuldental debattieren und die konkreten Maßnahmen über den Rat dem Regierungspräsidenten von NRW vermitteln.

Die SPD will den Duisburger Schuldenberg ernsthaft abtragen und für eine solche Kraftanstrengung müssen wir auch auf Landes- und Bundesebene Unterstützung mobilisieren. Finanzielle Unterstützung muss sich an der Bedürftigkeit orientieren und nicht nach der Himmelsrichtung. Arme Städte gibt es in West- und in Ostdeutschland. Wenn sich die Schere zwischen reichen und armen Kommunen weiter öffnet, droht Städten wie Duisburg weitere Abwanderung und unsere Stadt versinkt in einer Spirale der Verschuldung.

Gleichzeitig unterstützen wir die SPD-Landesinitiative „Stärkungspakt Finanzen“: Alt-schulden – und somit deren Tilgung und Zinsen – werden von der NRW-Landesbank übernommen, so dass Städte wie Duisburg dringend notwendige Investitionen vornehmen und parallel Beschäftigung sichern können. Langfristig ist das Land NRW aufgefordert eine umfassende Gemeindefinanzreform einzuleiten, um den Kommunen neue Einnahmequellen zu erschließen.

Die SPD will nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, sondern im Sinne unserer Kinder und Enkelkinder sparen. Deshalb sind wir zum Dialog bereit, wenn die Bürgerinnen und Bürger vor erheblichen Leistungseinschnitten im städtischen Angebot bewahrt werden können. Es gilt jetzt zu handeln, bevor in Duisburg Bibliotheken oder weitere Schwimmbäder schließen müssen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger!



Seit 1969 erarbeiten Duisburger Sozialdemokraten den „Duisburg Plan“, ihr Programm für die nächste Kommunalwahl. Sie geben Rechenschaft über die geleistete Arbeit und formulieren ihre politischen Schwerpunkte für die nächste Legislaturperiode. Das geschieht auch in diesem Jahr. Diesmal wurden besonders viele Parteimitglieder und interessierte Bürger einbezogen.

Wahrscheinlich war der „Duisburg Plan 1980“ besonders nachgefragt. Die Gebietsreform hatte neue Grenzen für Duisburg gesetzt. Wir formulierten damals: „Die neue Stadt soll keine Addition von Städten und Stadtteilen bleiben. Das neue Duisburg braucht die Zusammenarbeit aller Bürger.“

Der „Duisburg Plan 1980“ war gleichzeitig der erste Stadtplan der neuen Stadt. Die Bürger suchten Orientierung im größeren Duisburg. Die bot ihnen der „Duisburg Plan“. Das blieb so bis heute.

Im Rückblick erkennt man heute auch die Schwachstellen. Die Forderung nach sicheren Arbeitsplätzen gehörte zum festen Bestandteil aller Pläne. Doch nach den Arbeitskämpfen bei Krupp und bei ThyssenKrupp wissen wir um die Grenzen unseres politischen Handelns. Versprechen können wir nur, dass wir zusammen mit den vom Verlust ihrer Arbeitsplätze bedrohten Menschen um jeden Arbeitsplatz kämpfen werden. Wir stehen an ihrer Seite. Jeder Mandatsträger schwört, dass er das Wohl der Stadt mehren und Schaden abwenden soll. Das nehmen wir ernst. Es unterscheidet uns von verantwortlichen Managern großer Unternehmen. Sie haben andere Prioritäten.

Zu den großen Leistungen der Duisburger Kommunalpolitik gehört, dass sie sich bemühte, den Strukturwandel in der industriegeprägten Stadt sozialverträglich zu vollziehen. Das war oft schmerzhaft und abgeschlossen ist dieser Prozess auch noch nicht.

Zusammengefasst spiegeln die Duisburg Pläne den politischen Willen, die Voraussetzungen für eine Stadt mit Zukunft zu schaffen. Eine Stadt, in der sich ihre Bürger wohlfühlen. Eine Stadt, mit der sie sich identifizieren.

Zu den Voraussetzungen gehört:

- ein Bildungsprogramm für alle Begabungen
- eine von Sozialdemokraten initiierte Universität
- die Umwandlung von Industriebrache in neue Gewerbegebiete
- die Umwandlung von Industriebrache in ein Angebot für Freizeit und kultureller Nutzung

Die alte Hansestadt Duisburg, die Heimat von Gerhard Mercator, muss sich bewusst sein, dass Internationalität, Weltläufigkeit, Toleranz zu ihrer geistigen Substanz gehören und Sensibilität für die soziale Problematik einer Großstadt. Duisburg Pläne verstanden sich immer als Angebot zum Dialog. Erneut bitten wir mit dem neuen Duisburg Plan um den Dialog mit den Bürgern, mit den Parteien und mit den bürgerchaftlichen Vereinigungen.

Johannes Rau, der ehemalige Wuppertaler Oberbürgermeister, der NRW Ministerpräsident und Bundespräsident fühlte sich den Duisburgern besonders verbunden. Wir Sozialdemokraten übernehmen sein politisches Programm, der Politik ein menschliches Gesicht zu geben. Auch wir wollen in unserer schwierigen Situation versöhnen und nicht spalten.

Beteiligungen gestalten

Ein Plädoyer von Beschäftigten kommunaler Betriebe und der SPD-Ratsfraktion zum Stellenwert von Unternehmen der öffentlichen Hand in schwierigen Haushaltszeiten

Gefangen einerseits in den Belastungen des städtischen Haushalts durch staatliche Vorgaben, andererseits durch die Einbrüche bei den Haushaltseinnahmen im Rahmen des Strukturwandels quer durch das Ruhrgebiet, geraten die Unternehmen und Betriebe der öffentlichen Hand zunehmend in die Schusslinie vermeintlich moderner Strategien. Jahrzehntelang wurde behauptet, dass kommunale Betriebe nicht nur weniger leistungsfähig, sondern auch mit schlechterer wirtschaftlicher Rendite als die privaten Unternehmen arbeiten würden. Dies im Übrigen, ohne jemals den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptungen erbracht zu haben. In Duisburg haben wir auch das Gegenteil erleben dürfen.

Politisch folgerichtig wurden über die Parole „Privat vor Staat“ Verkäufe oder Teilverkäufe, Privatisierungen oder auch die komplette Aufgaben von Betrieben eingeleitet und vollendet. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen wurde gesetzlich erschwert.

Repräsentanten aus Arbeitnehmervertretungen, die aus Betrieben mit vollständiger oder teilweiser Beteiligung der Stadt Duisburg stammen, und die SPD-Ratsfraktion Duisburg haben gemeinsam dem Privatisierungsbestreben

- im Sinne vieler Tausend Beschäftigter bei den Unternehmen mit Beteiligung der Stadt Duisburg
- und einer Unternehmenskultur, die sich auf die Dienstleistung an der Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt ausrichtet

eine Reihe Duisburger Argumente entgegen gesetzt.

Städtische Unternehmen sorgen für Arbeitsplätze in privaten Duisburger Betrieben

Kein deutscher oder europäischer Konzern würde bei Ausschreibungen darauf achten, beispielsweise Duisburger Handwerksbetriebe verstärkt einzusetzen.

Städtische Unternehmen sorgen für mehr Wettbewerb zugunsten der Bürgerschaft

Beispielsweise wird erst durch die Vielzahl an Stadtwerken den vier großen Energieversorgern eine echte Vor-Ort-Konkurrenz entgegen gesetzt.

Öffentliche Betriebe sind Garant einer „sozialen Marktwirtschaft“

Weil keine (an heute üblichen privatwirtschaftlichen Zielsetzungen gemessene) Rendite zu erwarten ist, würden viele Dienstleistungen und Güter gar nicht erst angeboten, wenn die „Öffentlichen“ es nicht täten. Sie sichern „unrentable“ Grundversorgungen.

Sie sind in großem Maße Ausbilder

Die Zahlen der Ausbildung sind gerade auch durch den „ortsnahen Zugriff“ auf die Entscheidungen stabil geblieben, partiell sogar nicht gesteigert worden.

Kein privates Unternehmen reißt sich um defizitäre Einrichtungen – außer die Öffentlichkeit bezahlt

Womit ausreichend beschrieben ist, worin das Problem besteht. Wenn die Öffentlichkeit es bezahlt, hat sie auch das Recht, in ihrem eigenen Sinn und mit ihren eigenen Zielen die Ausrichtung der Aufgabenerledigung zu bestimmen. Die für ein privates Unternehmen einzuplanende Rendite ist im eigentlichen Unternehmenszweck besser angelegt.

Der Verkauf von Unternehmen bedeutet den Verzicht auf den Einfluss bei der Investitionspolitik

In einem verkauften, schlimmstenfalls sogar globalisierten, Unternehmen ist nicht die vor Ort erwirtschaftete Rendite die Grundlage für vor Ort zu tätige Investitionen. Vielmehr verschwindet die Rendite in Deutschland- oder europaweite Aktivitäten.

Öffentliche Unternehmen sind zuverlässige Gewerbesteuerzahler, die nicht die Steuervermeidung zur absoluten Unternehmensphilosophie erhoben haben.**Gewinne städtischer Gesellschaften fließen in die Stadt und damit an die Bürger, und nicht an auswärtige Kapitalanleger.****Die Kontrolle vor Ort sichert die Qualität der Leistung**

Ob öffentlicher Nahverkehr, Märkte, Hallen oder Zoo: Kritik an den Angeboten dieser Unternehmen wird durch die Ortsnähe der Entscheidungsträger in den Unternehmen zumeist zügig aufgegriffen. Lange Kommunikations- und Entscheidungswege entfallen zugunsten schneller Lösungen.

Öffentliche Unternehmen sind immer auch Sponsoren des öffentlichen Lebens.**Verkäufe sind nicht zwingend der wirtschaftlichere Weg**

Ein Verkauf lässt sich zumeist nur dann rentabel begründen, wenn man als Stadtpolitik zuvor schlechtes Wirtschaften in den eigenen Betrieben zugelassen hat. Das Sparen von Schuldzinsen auf dem Niveau von Kommunalkrediten müsste nämlich dann die Rendite dieser Unternehmen übersteigen.

Die Arbeitnehmervertreter und die SPD-Ratsfraktion wissen, dass öffentliche Daseinsvorsorge nie statisch zu betreiben ist. Sie muss mit der Entwicklung einer Stadt einhergehen. Deshalb wird es auch in der Zukunft immer wieder Veränderungen geben müssen, die die Gesellschaften, ihre Strukturen und die Beschäftigten betreffen. Gemeinsam betonen wir aber, dass keine ideologische Wirtschaftstheorie Grundlage für diese Veränderungen sein darf.

Veränderungen sind in sich, sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich, in ihrer Auswirkung auf den Bürger und vor allem auf die gesamtstädtische Entwicklung zu begründen.

Diesem Dialog stellen sich die Beteiligten für den Erfolg der kommunalen Daseinsvorsorge in Duisburg.